

Fragen

für die Fragestunde
der Sitzung des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 2. März 1977

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	22, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	22, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	16, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	2, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	18, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	4, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	7, 39 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	18, 39 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	9, 43 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	21, 44 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	10, 44 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	12, 44 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	45 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

1. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die vom Bundesernährungsministerium und Bundesfinanzministerium eingesetzte Sachverständigenkommission zur Begutachtung der Besteuerung der Landwirtschaft überflüssig sei und daß die Besteuerung der Landwirtschaft schon vorweg im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten beraten werden könne (VWD, Nr. 23/77 vom 2. Februar 1977), und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
2. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)

Welche Unterlagen hält die Bundesregierung dafür geeignet, derartige Fachausschußberatungen schon vor einem Ergebnis des Gutachtens der Sachverständigenkommission durchzuführen, und durch welche wissenschaftlichen Untersuchungen oder Unterlagen der Finanzbehörden können diese als qualifiziert betrachtet werden?
3. Abgeordneter
Lattmann
(SPD)

Besitzt die Bundesregierung inzwischen gesicherte Daten über die Auswirkung der Steuerreform durch das Heraufsetzen der Freibeträge für über 18jährige Kinder in Ausbildung von 1200 DM auf 2400 DM bzw. 4200 DM bei auswärtiger Unterbringung pro Jahr, und was gedenkt die Bundesregierung gesetzgeberisch zu tun, damit in Zukunft vermieden wird, daß Bezieher mittlerer und höherer Einkommen unverhältnismäßige Vorteile fortgeschrieben erhalten?
4. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hätte nach Ansicht der Bundesregierung die Nichtverlängerung der Geltungsdauer des § 13 Abs. 3 EStG (Freibetrag für Land- und Forstwirte), des § 14 a EStG (Freibetrag bei der Veräußerung des Betriebs oder einzelner land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke) und der §§ 76 bis 78 EStDV (Begünstigung bei der Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirtschaftsgüter durch Land- und Forstwirte) auf die verschiedenen Gruppen der Steuerpflichtigen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft?
5. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)

Ist der Bundesregierung eine Umfrage der Commerzbank bekannt, daß 1977 48 Prozent gegenüber 1976 „nur“ 46 Prozent aller Unternehmen einen weiteren Abbau ihres Personalbestands und nur 12 Prozent Neueinstellungen planen, und hält die Bundesregierung diese auch durch die dpa verbreiteten Umfrageergebnisse für zutreffend?
6. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)

Wie ist der Stand der Arbeiten an einer europäischen Alkoholmarktordnung?
7. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)

Welche Konzeption ist darin für die Verschlußbrennereien und die landwirtschaftlichen Obstabfindungsbrennereien vorgesehen?

8. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wie hoch ist, bezogen auf das Bruttosozialprodukt 1977, der Staatsverbrauch auf allen öffentlichen Ebenen insgesamt und aufgeteilt auf diese Ebenen?
9. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Staatsverbrauch in der vorstehenden Unterteilung absolut und prozentual im Verhältnis zum Umsatzsteueraufkommen (einschließlich Einfuhrumsatzsteuer) mit Umsatzsteuer belastet, und welche Mehrbelastung ergibt sich für die öffentlichen Ebenen, wenn der Umsatzsteuersatz von 11 auf 13 v. H. bzw. von 5,5 auf 6,5 v. H. erhöht wird?
10. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen sich dafür ausgesprochen hat, daß die Aufsichtsräte von bundeseigenen Gesellschaften in verstärktem Maß Sitzungen in Berlin abhalten, und warum — bejahendenfalls — ist diese Empfehlung erst jetzt gegeben worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

11. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) Sieht die Bundesregierung die Forderung aus ihrem Zweiten Bericht zur Verbraucherpolitik vom 20. Oktober 1975 (Drucksache 7/4181, Seite 18) nach einer verstärkten Tätigkeit der Verbraucherzentralen auf dem Gebiet der Rechtsberatung durch die gegenwärtige Praxis bei der Erteilung von Rechtsberatungserläubnissen in den einzelnen Bundesländern als erfüllt an?
12. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) In welchen Fällen ist Verbraucherzentralen die Rechtsberatungserlaubnis verwehrt bzw. wieder entzogen worden, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung gegebenenfalls für notwendig, um ihre Forderung aus dem Zweiten Bericht zur Verbraucherpolitik durchzusetzen?
13. Abgeordneter
Peter
(SPD) Hat der Bundeswirtschaftsminister anlässlich der letzten Konsultationen mit der französischen Regierung über den weiteren Export von Saarkohle nach Frankreich verhandelt und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
14. Abgeordneter
von der Heydt
Freiherr von Massenbach
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des von ihr in Aussicht genommenen Investitionsförderungsprogramms vorzusehen, das Investitionszulagengesetz auch auf das Leasing-Unternehmen auszudehnen, die Objekte im Zonenrandgebiet und anderen förderungsbedürftigen Gebieten finanzieren, in diesen Gebieten jedoch nicht ihren Geschäftssitz haben?

- | | |
|---|--|
| 15. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den vom bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr und dem Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Baden-Württemberg vorgelegten „Lösungsansätzen zu den Strukturproblemen der Luft- und Raumfahrtindustrie aus süddeutscher Sicht (Jaumann-Papier)“ im Hinblick auf die derzeit zu erarbeitende Fortschreibung des „Grüner-Berichts“ bei, und welche Berücksichtigung findet das Papier bei der Abfassung dieses Berichts? |
| 16. Abgeordneter
Württemberg
(SPD) | Stimmt die Bundesregierung der Tendenz dieses Papiers — süddeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie: positiv — norddeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie: negativ — zu? |
| 17. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) | Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der Elektrizitätswirtschaft und dem Steinkohlenbergbau über den Kohleeinsatz in Kraftwerken im Jahr 1977, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß die in der Novelle zum Dritten Verstromungsgesetz für die Jahre 1976 und 1977 vorgesehenen Einsatzmengen erreicht werden? |
| 18. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) | Wieviele Steinkohlenkraftwerke erzeugen zur Zeit Strom, wie ist ihr Alter und wieviele Kraftwerke müßten eigentlich in absehbarer Zeit durch neue, moderne und vor allem umweltfreundlichere Kraftwerke ersetzt werden? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Gölter
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen, in allernächster Zeit die Produktion der Transall C 160 wieder aufzunehmen, und in welchem Umfang hat die Regierung der Republik Frankreich oder die deutsche Luftfahrtindustrie mit der Bundesregierung dieserhalb Kontakt aufgenommen? |
| 20. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) | Sind der Bundesregierung Untersuchungen bekannt über die Auswirkungen verschiedener Arten von Investitionen auf die Arbeitsplatzbeschaffung, und welche konkreten Schlußfolgerungen hat sie hieraus für ihre Investitionspolitik gezogen? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß bei Konjunkturzyklen in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen ist, daß die Freisetzung von Arbeitsplätzen bei Großunternehmen größer ist als bei kleinen und mittleren Unternehmen, und welche Schlußfolgerungen ergeben sich auf Grund dieser Zusammenhänge für die Stimulierung der Investitionstätigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsplatzbeschaffung? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|---|
| 22. Abgeordnete
Frau
Hürland
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung Angaben über die Zahl der im Jahr 1976 abgewanderten freiwillig versicherten Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung und der Ersatzkassen in die privaten Krankenversicherung machen, und wie ist gegebenenfalls der Vergleich gegenüber den Jahren 1973 bis 1975? |
|---|---|

- | | |
|---|---|
| 23. Abgeordnete
Frau
Hürland
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, welche Auswirkungen derartige Abwanderungen auf die Solidarhaftung und die Beitragsentwicklung in den gesetzlichen Krankenkassen und den Ersatzkassen haben? |
| 24. Abgeordneter
Glombig
(SPD) | Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, in welchem Umfang die durchschnittlichen Bruttoeinkommen (nach Abzug der Praxiskosten) einzelner Fachgruppen von niedergelassenen Ärzten vom Durchschnittseinkommen aller niedergelassenen Ärzte abweichen? |
| 25. Abgeordneter
Glombig
(SPD) | Ist nach Auffassung der Bundesregierung ein Behandlungsboykott niedergelassener Kassenärzte gegenüber dem Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung als Verstoß gegen die kassenärztlichen Pflichten zu bewerten, der die zuständige kassenärztliche Vereinigung im Rahmen ihres Sicherstellungsauftrags dazu verpflichtet, an Boykottmaßnahmen teilnehmende Kassenärzte zur Erfüllung ihrer kassenärztlichen Pflichten anzuhalten und wenn ja, wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß — soweit erforderlich — die im Rahmen der staatlichen Rechtsaufsicht möglichen und nötigen Maßnahmen ergriffen werden? |
| 26. Abgeordneter
Egert
(SPD) | Wie hoch war das durchschnittliche Bruttoeinkommen (nach Abzug der Praxiskosten) der niedergelassenen Ärzte im Jahr 1976, und wie hoch war im Vergleich dazu das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt der Arbeitnehmer im selben Jahr? |
| 27. Abgeordneter
Egert
(SPD) | Wie groß war der Anstieg des durchschnittlichen Bruttoeinkommens (nach Abzug der Praxiskosten) der niedergelassenen Ärzte von 1963 bis 1976, und wie hoch war im Vergleich dazu der Anstieg des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts der Arbeitnehmer im selben Zeitraum? |
| 28. Abgeordneter
Sieler
(SPD) | Wie hoch war im Jahr 1976 die Gesamtsumme der von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung an niedergelassene Zahnärzte gezahlten Honorare, und welchen Anteil haben die Honorare an niedergelassene Zahnärzte an den gesamten Leistungsaufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung? |
| 29. Abgeordneter
Sieler
(SPD) | Wie hoch war im Jahr 1976 die Gesamtsumme der von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung an niedergelassene Ärzte gezahlten Honorare, und welchen Anteil haben die Honorare an niedergelassene Ärzte an den gesamten Leistungsaufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung? |
| 30. Abgeordneter
Kratz
(SPD) | Besitzt die Bundesregierung Kenntnisse über die durchschnittliche Arbeitszeit der niedergelassenen Ärzte im Vergleich zur durchschnittlichen Arbeitszeit der Arbeitnehmer? |
| 31. Abgeordneter
Kratz
(SPD) | Verfügt die Bundesregierung — auch unter Verwendung von statistischem Material der ärztlichen Standesorganisationen — über Hinweise darauf, daß dem im Vergleich zu den Arbeitnehmereinkommen überproportionalen Anstieg der durchschnittlichen Bruttoeinkommen der niedergelassenen Ärzte, der |

in den letzten Jahren zu beobachten war, eine entsprechende Verlängerung der durchschnittlichen Arbeitszeit der niedergelassenen Ärzte gegenübersteht?

32. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Wie hoch war das durchschnittliche Bruttoeinkommen (nach Abzug der Praxiskosten) der niedergelassenen Zahnärzte im Jahr 1976?
33. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Wie groß war der Anstieg des durchschnittlichen Bruttoeinkommens (nach Abzug der Praxiskosten) der niedergelassenen Zahnärzte von 1963 bis 1976?
34. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß ohne Sanierungsmaßnahmen das Rentendefizit im Jahr 1990 auf 660 Milliarden DM steigen werde, wie dies der Bundesinnenminister mitgeteilt hat (vgl. Neue Westfälische, Ausgabe Bielefeld, vom 14. Februar 1977)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

35. Abgeordneter
Gierenstein
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesverteidigungsminister sich geweigert hat, für die Unterbringung und Verpflegung der zwecks Verhinderung zu befürchtender Straftaten anlässlich der Demonstrationen gegen den Kernkraftwerkbau in Brokdorf zusammengezogenen Polizeieinheiten Einrichtungen der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen, und welche zusätzlichen Aufwendungen und Kosten werden — bejahendenfalls — durch diese verweigerte Amtshilfe verursacht?
36. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Azaleen-Fest im Rahmen ihrer Nato-Strategie zu?
37. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Ist der Bericht der „Kieler Nachrichten“ vom 2. Februar 1977 zutreffend, daß die ursprünglich geplante 47. Auslands- und Ausbildungsfahrt des Schulschiffs „Deutschland“ kurzfristig zwecks Teilnahme am Azaleen-Fest der Nato in Norfolk geändert wurde, und welche anderen Nato-Staaten haben zu diesem Fest Einheiten entsandt?
38. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Welche zusätzlichen Kosten entstehen durch die Verlängerung der Reiseroute des Schulschiffs „Deutschland“ wegen der Teilnahme am Azaleen-Fest der Nato in Norfolk und den dadurch erforderlichen Rücktransport von 96 Kadetten durch eine Sondermaschine?
39. Abgeordneter
Dr. Geßner
(SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, daß diejenigen Wehrpflichtigen, die unmittelbar nach dem Abitur nachweislich eine Lehre aufnehmen können, bis zum Abschluß ihrer Ausbildung vom Wehrdienst zurückgestellt werden können.

40. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU) Auf Grund welcher Vorschriften und Erwägungen und auf wessen Veranlassung wurde dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, für seine Reise nach Israel zwecks Teilnahme am Parteitag der Israelischen Arbeiterpartei ein Flugzeug der Bundeswehr zur Verfügung gestellt, und wie hoch sind die tatsächlichen Kosten, die der Bundeswehr hierdurch entstanden?
41. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU) In welcher Höhe hat sich die Bundesregierung von der SPD bzw. der Sozialistischen Internationale diese Kosten erstatten lassen, und würde die Bundesregierung andere Parteivorsitzende sowohl hinsichtlich der Zurverfügungstellung eines Flugzeugs als auch hinsichtlich der Kostenberechnung genauso behandeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

42. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Welche Gammaglobulin-Präparate und Hyper-Immunseren sind zur Zeit vom Bundesgesundheitsamt entsprechend der Arzneimittelpflichtlinie registriert, und für welche der angegebenen Indikationen wurde der Nachweis der Wirksamkeit entsprechend der Prüfrichtlinie durch übereinstimmende, einwandfrei randomisierte, stratifizierte, drop-out-freie kontrollierte klinische Versuche unter besonderer Berücksichtigung der eventuellen Vortäuschung eines Therapieerfolgs durch einen Aufschubeffekt erbracht, und wo sind diese Ergebnisse publiziert?
43. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Arzneimittel bekannt, deren Erfolgswahrscheinlichkeit nach der Methodenlehre der klinischen Statistiken definiert und durch übereinstimmende Publikationen verifiziert werden konnte, wie es im Gutachten Ehmke/Westermann grundsätzlich für alle Arzneimittel gefordert wurde, und inwieweit decken sich die Vertrauensbereiche bei wiederholter Prüfung, und wo sind diese Erfolgswahrscheinlichkeiten veröffentlicht?
44. Abgeordneter
Eimer
(Fürth)
(FDP) Welche Bundesländer haben bisher ihre Stellungnahme zum Bericht der Sachverständigenkommission über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland abgegeben, und von welchen Ländern steht diese Stellungnahme noch aus, die Voraussetzung für die überfällige Stellungnahme der Bundesregierung ist, da die Ergebnisse der Psychiatrie-Enquete -- geschätzte Kosten 2 Milliarden DM -- auf Erhebungen des Jahrs 1973 basieren und daher ständig an Aussagekraft verlieren?
45. Abgeordneter
Eimer
(Fürth)
(FDP) Mit welcher Begründung wird die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durchgeführte Kampagne „Menschen wie wir“ zur Aufklärung und Information der Bevölkerung über psychisch Kranke und Behinderte gerade jetzt eingeschränkt, zu einem Zeitpunkt, da vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit versichert wird, daß die Lage der Psychiatrie eine vordringliche gesundheitspolitische sei?

46. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Gesetzesbestimmungen des § 2 Abs. 4 a BKGG und des § 204 RVO widersprüchlich sind, da einerseits Eltern für gesunde, aber arbeitslose Kinder, die keine Arbeitslosenunterstützung beziehen, Kindergeld nach § 2 Abs. 4 a BKGG und zusätzlich eine Familienhilfe nach § 205 RVO erhalten, andererseits aber — sofern das Kind arbeitsunfähig krank wird — sowohl das Kindergeld entzogen wird als auch der Krankenversicherungsschutz des § 205 RVO entfällt und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
47. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sachgerechter ist, gerade bei arbeitsunfähig erkrankten Kindern den Krankenversicherungsschutz nach § 205 RVO zu gewährleisten, und beabsichtigt sie gegebenenfalls diesen Widerspruch auszuräumen?
48. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Zahl der durch Einnahme von Rauschgift ums Leben Gekommenen 1976 im Bundesgebiet um 137 auf 325 und daß die Zahl der Rauschgiftdelikte um fast 10 % gestiegen ist, und zu welchen zusätzlichen Maßnahmen gibt dies — bejahendenfalls — der Bundesregierung Anlaß?
49. Abgeordnete
Frau Dr. Neumeister
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Probleme in der Durchführung des inzwischen angelaufenen praktischen Jahrs im Medizinstudium bekannt, wonach z. B. in Gießen und Köln die Studenten in solchem Umfang zu Arbeitsleistungen herangezogen werden, daß ohne die Studenten die stationäre Versorgung der Patienten leiden oder gar zusammenbrechen würde, und welche Folgerungen wird sie daraus gegebenenfalls ziehen?
50. Abgeordnete
Frau Dr. Neumeister
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der zur Zeit von ihr vorbereiteten Änderung der Approbationsordnung für Ärzte wirksame Vorkehrungen gegen einen solchen rechtswidrigen Einsatz der Studenten im praktischen Jahr zu treffen, oder will sie, angesichts dieser von sachkundiger Seite vorausgesagten Entwicklung, sich jetzt auch ihrerseits für eine angemessene tarifvertragliche Absicherung der betroffenen Studenten einsetzen soweit diese tatsächlich zu ausbildungsfremden Arbeitsleistungen herangezogen werden?
51. Abgeordneter
Dr. Geßner
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den Konsum von alkoholischen Getränken werdende Mütter die Gesundheit ihres künftigen Kindes aufs Spiel setzen, mit der Folge, daß den Krankenkassen und Sozialämtern daraus finanzielle Belastungen in erheblichem Umfang entstehen, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, beispielsweise durch Verstärkung ihrer Öffentlichkeitsarbeit, werdende Mütter stärker als bisher vor dieser Gefahr zu warnen?
52. Abgeordnete
Frau Erler
(SPD)
- Warum verzögern sich die Vorarbeiten für den Gesetzentwurf des nichtärztlichen Psychotherapeuten bis Ende 1978 (Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Zander in der Fragestunde am 2. Februar 1977)?

53. Abgeordnete
**Frau
Erler**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die Entscheidung des „Verbands der Angestelltenkrankenkassen“ vom August 1976, in Anlehnung an die „Allgemeinen Ortskrankenkassen“ unter Hinweis auf die ausstehende Gesetzesregelung Kosten für Psychotherapie – soweit von Psychologen durchgeführt – nicht mehr zu erstatten, eine ernstliche Lücke in der psychotherapeutischen Versorgung der Bevölkerung entstanden ist, so daß die Einbringung eines Gesetzentwurfs nun keinen Aufschub mehr duldet?
54. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit zu überprüfen, ob das Bundeskindergeldgesetz dahin gehend geändert werden kann, daß für die Personen, die an Stelle des Zivildienstes einen freiwilligen, sozialen Dienst etwa bei der Aktion Sühnezeichen o. ä. Organisationen ableisten, eine entsprechende Weiterzahlung des Kindergeldes gemäß der jetzigen Regelung des § 3 Satz 2 Nr. 1 des Bundeskindergeldgesetzes erfolgt, und sieht die Bundesregierung die bisherige gesetzliche Regelung, die Kindergeldzahlung für diesen Personenkreis auszuschließen, obwohl der freiwillige, soziale Dienst dem Zivildienst gleichgestellt ist, als gerechte Lösung an, oder stellt diese gesetzliche Regelung nicht vielmehr eine Erschwerung der anerkennenswerten Tätigkeiten entsprechender Organisationen dar?
55. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU)
- Wie nimmt die Bundesregierung zu der vom Präsidenten des Diakonischen Werks erhobenen Kritik am Heimgesetz, insbesondere hinsichtlich des Entwurfs eines Kostendämpfungsgesetzes, Stellung, und zu welchen Maßnahmen gibt ihr diese Anlaß?
56. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, daß die Gesundheitsämter in Rheinland-Pfalz auf Grund der Trinkwasserverordnung vom 31. Januar 1975 eine Erfassung aller einzelnen Hauswasserversorgungsanlagen ohne Rücksicht auf das Hauptquellgebiet vornimmt und gegenüber den Eigentümern bekundet, daß in Zukunft eine jährliche Überprüfung mit einem Mindestkostenaufwand von 800 bis höchstens 1000 DM durchgeführt werden müsse, und ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, darauf hinzuwirken, daß die Untersuchungen und Kosten derart in Grenzen gehalten werden, damit nicht Kosten für den Eigentümer entstehen, die die Anschlußkosten für eine öffentliche Wasserversorgung bei weitem übersteigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

57. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die Ursachen für die Schwierigkeiten der Deutschen Bau- und Bodenbank, und treffen Pressemitteilungen (vgl. Frankfurter Rundschau und Die Welt vom 10. Februar 1977) zu, wonach die Schwierigkeiten des Unternehmens auf riskante Geschäftsgebahren zurückzuführen sind?

58. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Treffen die Pressemitteilungen zu, wonach der Bund 1976 175 Millionen DM aus Steuergeldern aufgewendet hat, um die Überschuldung der Deutschen Bau- und Bodenbank, an der der Bund mit 67 % und das Land Nordrhein-Westfalen mit 25 % beteiligt sind, zu verhindern?
59. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Sind von der Deutschen Bau- und Bodenbank Beleihungen bis zu 100 % vorgenommen worden, wenn ja, in welchem Umfang und bei welcher Art von Grundstücksgeschäften?
60. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU) Inwieweit sind Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Bau- und Bodenbank für die hohen Geschäftsverluste verantwortlich?
61. Abgeordneter
**von der Heydt
Freiherr von
Massenbach**
(CDU/CSU) Welche weiteren Zahlungen durch den deutschen Steuerzahler sind in den nächsten Jahren für die Deutsche Bau- und Bodenbank zu erwarten?
62. Abgeordneter
**Dr. Jahn
(Münster)**
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung nähere Angaben über die Bodenvorratspolitik der Deutschen Bau- und Bodenbank machen?
63. Abgeordneter
**Dr. von
Wartenberg**
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung auf Dauer sicherstellen, daß die Liquiditätslage der Deutschen Bau- und Bodenbank weder für die Bauherren noch für die Mieter zu einem finanziellen Schaden führt?
64. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die ursprünglichen Aufgaben der Deutschen Bau- und Bodenbank heute weitgehend von Geschäftsbanken wahrgenommen werden, und welche Konsequenzen sind nach Auffassung der Bundesregierung hieraus zu ziehen?
65. Abgeordneter
Dr. Luda
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, denen zufolge die Bundesregierung beabsichtigt, weitere Kreuzbauten nach Art der jetzt den Zwecken des Bundesjustizministeriums und des Bundesforschungsministeriums dienenden Baulichkeiten zu errichten, und zwar gleichfalls auf dem Gelände nahe der Bundesstraße 9?
66. Abgeordneter
Dr. Luda
(CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß eine derartige Massierung uniformer Mammutbetonbauten abstoßend wirken und erfahrungsgemäß bei den Staatsbürgern überwiegend Aversionen auslösen würde, die eine Regierung möglichst vermeiden sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

67. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung Wärmepumpen als Möglichkeit zur Energieeinsparung bei, und wie gedenkt sie gegebenenfalls die Verwendung von Wärmepumpen zu fördern?

68. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Welche Gründe spielen nach Kenntnis der Bundesregierung dabei eine Rolle, daß Wärmepumpen, bis jetzt nur sehr zögernd als kosten- und energiesparende Ergänzung zu den traditionellen Heizanlagen — besonders im Wohnungsbau — Verwendung finden, obwohl jüngst ein großes deutsches Elektrizitätswerk die inzwischen von einigen Unternehmen zur Serienreife entwickelte Wärmepumpe nachdrücklich empfohlen und als „Geburtsstunde für ein möglicherweise revolutionäres Heizsystem“ bezeichnet hat?
69. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Treffen Presseberichte zu, wonach die vom Bundesministerium für Forschung und Technologie finanzierte Plattform Nordsee nur etwa zur Hälfte ausgelastet ist und, wenn ja, welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um eine sinnvolle Auslastung zu gewährleisten?
70. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Worauf führt die Bundesregierung die offenkundig werdende Abneigung der Kraftwerkserbauer und Kraftwerksbetreiber gegen den Hochtemperaturreaktor zurück, und welche Mittel will die Bundesregierung einsetzen, um sicherzustellen, daß ohne Erhöhung der öffentlichen Fördermittel die Entwicklung dieser Reaktorlinie ohne Zeitverzögerung erfolgt?
71. Abgeordneter
Dr. Jens
(Voerde)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung das in Bau befindliche Kernkraftwerk bei Kalkar, den sogenannten schnellen Brüter, auch während des Baus auf seinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen laufend überprüfen, und beurteilt sie z. Z. die Effektivität des Projekts im Vergleich zu anderen Elektrizitätskraftwerken?
72. Abgeordneter
Dr. Jens
(Voerde)
(SPD)
- Ist es richtig, daß der sogenannte schnelle Brüter bei Kalkar nach Fertigstellung gar nicht „brüten“ kann, sondern mehr spaltbares Material verbrauchen wird als er selbst produziert?
73. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welche Aufgaben soll das im Rahmen der europäischen Weltraumforschung geförderte Weltraumlabor erfüllen?
74. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welcher Anteil der bisher für das Projekt Weltraumlabor aufgewandten Mittel aus dem Bundeshaushalt fließt an Unternehmen und Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland?
75. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- In welchem Umfang ist die Bundesrepublik Deutschland am Projekt schneller Brüter „Superphénix“ in Creys Malville (Frankreich) mit direkter und indirekter staatlicher Finanzierung von Forschung, Entwicklung und industrieller Durchführung beteiligt?
76. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Generalräte der französischen Departements Savoie und Isère von der Zentralregierung die Einstellung der Bauarbeiten am schnellen Brüter — Projekt „Superphénix“ in Creys Malville gefordert haben, und daß der französischen Nationalversammlung ein Resolutionsentwurf vorliegt, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Befassung mit den technischen und Umweltrisiken dieses Projekts vorsieht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

77. Abgeordneter
Wüster
(SPD) Treffen Pressemitteilungen zu, nach denen Erstsemester-Studenten an der württembergischen Universität Hohenheim fast gleichzeitig mit dem ZVS-Bescheid einen Werbebrief der Hohenheimer Burschenschaften „Hohenheimia“ und „Württembergia“ erhielten, und sieht die Bundesregierung in diesem Vorgang einen Bruch des Datenschutzgesetzes und bejahendenfalls, sind die verantwortlichen Personen zur Rechenschaft gezogen worden?
78. Abgeordneter
Lattmann
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Mißbrauch des Bundesausbildungsförderungsgesetzes unter anderem auf folgende Weise praktiziert wird, daß manche Abiturienten, die gar nicht die Absicht haben zu studieren, sich für ein Studium anmelden, auf Antrag für ein Jahr bis zu 500 DM und mehr monatlich Studienförderung beziehen, obwohl sie inzwischen berufstätig sind, und erst zum Zeitpunkt der Neuanträge nach zwölf Monaten aus der Förderung herausfallen, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Mißbrauchsmöglichkeit im Rahmen der bevorstehenden Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zu unternehmen?
79. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Schätzungen des Ausschusses für Juristenausbildung der Konferenz der Justizminister und -senatoren der Länder für richtig, wonach in den nächsten Jahren bis zu fünfzig Prozent der juristischen Absolventen ohne Berufschance sein werden?
80. Abgeordnete
Frau Karwatzki
(CDU/CSU) Treffen die Pressemeldungen zu, nach denen Bundesminister Rohde behauptet hat, daß ein nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geförderter Student bei Vollförderung durch zusätzliche Hilfen (z. B. Familienheimfahrten) auf einen Förderungsbetrag von monatlich insgesamt 670 DM kommen würde, und wenn ja, auf welche Berechnungen beruht diese Aussage, und wie groß ist der Prozentsatz der geförderten Studenten, die in den Genuß dieses Betrags von monatlich 670 DM kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

81. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) Will die Bundesregierung dem Verlangen der DDR nach einer verbrieften Grenzvereinbarung entgegenkommen?
82. Abgeordneter
Dr. Nothhelfer
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Bevölkerung der deutschen Grenzgebiete, insbesondere des deutsch-schweizerischen Grenzgebiets, rechtlich für ausreichend geschützt gegen immissionsträchtige Anlagen, die im benachbarten Ausland unmittelbar an die Grenze gebaut werden und – verneinendenfalls – welche konkreten Verbesserungsmöglichkeiten erwägt sie?

83. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, nachdem jetzt durch eine langjährige Untersuchung des Rheinwassers bekannt wurde, daß die Hauptverursacher der Grundwasserversalzung im Oberrheintal die staatlichen französischen Kali-Minen bei Mühlhausen sind?
84. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen werden von der Bundesregierung getroffen, damit das Rheinwasser auch zukünftig für Millionen von Bürgern als Trinkwasser verwendet werden kann?
85. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß im Spätsommer 1976 der Flugverkehr über dem Kernkraftwerk Biblis überprüft worden ist, und wenn ja, welches Ergebnis hatte diese Überprüfung?
86. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung von anderer Seite Mitteilungen über Überfliegungen des Kernkraftwerkes Biblis zugegangen, und entsprechen diese Meldungen den eigenen Feststellungen der Bundesregierung?
87. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die vom Bundesarbeitsminister, Dr. Ehrenberg, in der Sendung „Im Brennpunkt“ am 2. Februar 1977 geäußerte Ansicht, daß man in der Bundesrepublik Deutschland „aus schlechten Gründen“ vor rd. 30 Jahren das Berufsbeamtentum „in die Verfassung dieses Landes geschrieben“ hat, und geben die seit 1949 vorliegenden Erfahrungen nach Meinung der Bundesregierung Anlaß zu dieser negativen Beurteilung des Berufsbeamtentums?
88. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit ihre auch in der Regierungserklärung zum Ausdruck gekommene Auffassung über das Berufsbeamtentum in der Öffentlichkeit nicht unglaublich wird, wenn in Einzelfällen ein Bundesminister eine abweichende Meinung äußert?
89. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Macht sich die Bundesregierung die Forderung des Bundesinnenministers nach Einführung plebiszitärer Verfahren bei schwerwiegenden Entscheidungen, wie über die Kernenergie, zu eigen (vgl. Neue Westfälische, Ausgabe Bielefeld, vom 14. Februar 1977), wenn ja, warum ist dann eine so grundlegende Änderung des Grundgesetzes nicht im Entwurf eines Arbeitsprogramms des Bundesjustizministeriums für die 8. Wahlperiode enthalten?
90. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Welche gesetzgeberischen oder andere Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel vom 13. Januar 1977, Az. IV E 497/76, daß die Mitwirkung der Ämter für Verfassungsschutz bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst nicht Rechens sei, in dem Bemühen ziehen, daß nur verfassungstreue Bewerber in den öffentlichen Dienst eingestellt werden?
91. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU) Welche Kernkraftkapazität soll in Remmerschen bzw. Cattenon errichtet werden, und hat die Bundesregierung Unterlagen darüber, welche Einwirkungen von diesen Kernkraftwerken auf die Bevölkerung im grenznahen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

- ausgehen, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang insbesondere die Kühlwasserkapazität, die sich bei Einhaltung deutscher Aufheizungsgrenzwerte für die Mosel ergeben und die Gefährdung im Zusammenhang mit dem Munitionsdepot in Eft-Hellendorf?
92. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine Harmonisierung der Standorte für Kraftwerke, insbesondere für Kernkraftwerke, zu erlangen, und wie weit sind insbesondere die Verhandlungen mit Luxemburg bzw. Frankreich in dieser Richtung gediehen?
93. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die bisher bekanntgewordenen Ergebnisse der international geführten Forschungsarbeiten zur Frage der Schädlichkeit von Fluorkohlenwasserstoffen (FKW) für die Ozonschicht der Erde, und teilt sie die in fast allen diesen Studien aufgezeigte Schlußfolgerung, daß die große Sorge um die FKW legitim ist und wegen deren für die gesamte Biosphäre bedrohlichen Schädlichkeit umgehend ernsthafte Maßnahmen gegen die Verwendung dieser Stoffe (z. B. bei Spraydosen, Kühlsystemen) ergriffen werden müssen?
94. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, national einen Plan zum schrittweisen Verbot der Verwendung von FKW zu erarbeiten und – um die Effektivität einer solchen Maßnahme überhaupt zu gewährleisten – auch international mit den uns z. B. in der EG, Nato, OECD verbundenen Ländern, auch im Rahmen der Vereinten Nationen, auf die sukzessive Beschränkung der Verwendung von FKW bis hin zu deren generellem Verbot hinzuwirken?
95. Abgeordneter
Scheffler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Einbeziehung von Behindertensportlern in den Kreis der Sportler, die mit dem Silbernen Lorbeerblatt ausgezeichnet werden können, eine gerechte Anerkennung von sportlichen Leistungen behinderter Mitbürger wäre, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, im Zusammenwirken mit dem Deutschen Sportbund und dem Deutschen Behindertensportverband den Herrn Bundespräsidenten zu ersuchen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß in Zukunft auch Behindertensportler mit dem Silbernen Lorbeerblatt ausgezeichnet werden können?
96. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach der insgesamt hohen Zahl neugebauter Sportstätten in der Bundesrepublik Deutschland der Schwerpunkt der Förderung in den nächsten Jahren vorwiegend in der Renovierung und dem Ausbau der vorhandenen Anlagen liegen muß, was vor allem auch für die Sportvereine mit vereinseigenen Anlagen von großer Bedeutung ist, und ist die Bundesregierung bereit, die Bundesländer auf die Notwendigkeit von verstärkten Förderungsmaßnahmen zur Renovierung und zum Ausbau von Sportanlagen hinzuweisen und sich gegebenenfalls – auch unter Berücksichtigung der Bedeutung solcher Maßnahmen für das mittelständische Baugewerbe – an Förderungsmaßnahmen dieser Art zu beteiligen?

97. Abgeordneter **Jungmann** (SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die nach § 36a des Bundesbesoldungsgesetzes und der dazu ergangenen Rechtsverordnung vom 26. April 1972 zu zahlenden Entschädigung für Mehrarbeitsstunden dynamisiert und der allgemeinen Einkommensentwicklung angepaßt werden soll, und wenn ja, wann ist mit der Änderung der Rechtsverordnung von Seiten der Bundesregierung zu rechnen?
98. Abgeordneter **Hansen** (SPD) Wessen Erkenntnisse legt das Bundesamt für Verfassungsschutz der Entscheidung zur Beobachtung bestimmter iranischer Studentengruppen in der Bundesrepublik Deutschland zugrunde?
99. Abgeordneter **Hansen** (SPD) Hält die Bundesregierung alle Aktivitäten des SAVAK in der Bundesrepublik Deutschland mit den Prinzipien einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung für vereinbar?
100. Abgeordneter **Dr. Böhme** (Freiburg) (SPD) Sind der Bundesregierung beim Abschluß des Rheinabkommens über Maßnahmen zur Verringerung der Salzbelastung des Rheins (Clorid-Übereinkommen) die Ergebnisse des geologischen Landesamts Baden-Württemberg bekannt gewesen, wonach das Grundwasserbecken am Oberrhein bereits heute so stark versalzen ist, daß das Wasser teilweise nicht mehr als Trinkwasser verwendet werden kann, und wenn ja, hält die Bundesregierung die Maßnahmen nach dem Clorid-Übereinkommen für ausreichend, um eine weitere Versalzung des großen Trinkwasserreservoirs am Oberrhein abzuwenden?
101. Abgeordneter **Gerlach** (Obernai) (CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung gegen die Spionagetätigkeit des Prager Regimes auf deutschem Boden unternommen, und wird sie insbesondere diejenigen, die ihren diplomatischen Status dazu mißbraucht haben, unverzüglich ausweisen?
102. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung den Bund entgegen der in der Fachzeitschrift „atomwirtschaft“ (Nr. 2 1977, Seite 65) geäußerten Ansicht nicht für verpflichtet hält, im Zusammenhang mit der Genehmigung einer Wiederaufbereitungsanlage und der Entlagerung radioaktiver Abfälle in Niedersachsen den Standort (Entsorgungsanlage) selbst zu bestimmen und die Genehmigung selbst oder durch eine Bundesanstalt zu beantragen, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung ihre Ansicht?
103. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls den Standort für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland über eine Bundesanstalt oder ein bundeseigenes Unternehmen selbst zu bestimmen und damit zu gewährleisten, daß die Bundesregierung voll in die Verantwortung für die Festlegung eines Standorts für das Entsorgungszentrum mit einbezogen wird?

104. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die in der DFS-Sendung „Im Brennpunkt“ am 2. Februar 1977 zum Ausdruck gekommene Meinung des Bundesministers Dr. Ehrenberg, daß die Beamten an dem Arbeitsmarktrisiko der gewerblichen Arbeitnehmer zu beteiligen seien, oder stimmt sie mit Bundesminister Dr. Maihofer überein, der bei den Beteiligungsgesprächen für die Besoldungsgespräche 1977 am 14. Februar eine Sonderbelastung der Beamten ablehnte, und womit begründet sie ihre Auffassung?
105. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung eine Sondersteuer oder einen Beitrag zur Arbeitslosen- oder Rentenversicherung, aus dem den Beamten keine Ansprüche gegen die Versicherungsträger erwachsen können, für zulässig?
106. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen über die Landeszentrale für politische Bildung eine Informationsbroschüre mit dem Titel „Wo ist was“ herausgegeben hat, in der die Bundesrepublik Deutschland nur mit der Abkürzung „BRD“ genannt ist, während Staaten wie Dänemark, Polen und Ungarn mit dem vollen Namen abgedruckt sind und wenn ja, wird die Bundesregierung diesen Sachverhalt in den gemeinsamen Konferenzen mit den Ländern aufgreifen, um zu einer einheitlichen, dem Grundgesetz entsprechenden, Bezeichnung unseres Staates zu kommen?
107. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, daß zukünftig in allen amtlichen Verlautbarungen des Bundes, und der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer ganzen Bezeichnung erscheint oder höchstens mit mit der Abkürzung BR Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

108. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung auf Grund der ihr bisher vorliegenden Erfahrungen die Bedeutung und Wirkung der in den Gemeinden aufgestellten Mietpreisspiegel für die Mietenentwicklung in den Gemeinden, trifft es insbesondere zu, daß die Mietpreisspiegel vielfach wegen ihrer großen Spannweite nicht geeignet sind, den ihnen zugedachten gesetzlichen Zweck zu erfüllen, und daß sie daher auch nicht bei gerichtlichen Auseinandersetzungen als prozessuale Beweismittel anerkannt werden?
109. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich die Erwartungen des Rechtsausschusses bei der Verabschiedung des Gesetzes über Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) erfüllt haben, daß auch öffentliche Versorgungsunternehmen bei der Gestaltung ihrer Rechtsnormen sich an den Kriterien des AGB zum Verbraucherschutz orientieren?
110. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auf öffentliche Versorgungsunternehmen in diesem Sinne einzuwirken?

111. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Reichen nach Ansicht der Bundesregierung die gesetzlichen Möglichkeiten aus, das Aufstellen von Spielautomaten in Spielhallen, Gaststätten usw. zu unterbinden, bei denen das Totfahren von Fußgängern mit dem Auto simuliert und als Spielerfolg gewertet wird („Menschen wie Hasen jagen und zur Strecke bringen“)?
112. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß Automaten dieser Art, die in den USA angeblich hohe Gewinne einspielen, in die Bundesrepublik eingeführt werden sollen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
113. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Inwieweit werden Strafvorschriften dadurch verletzt, daß zur Vorbereitung von Gewaltdemonstrationen entsprechende Anleitungen verbreitet, Geräte (z. B. sog. Krähenfüße, Aludrachen, Wurfhaken, Molotowcocktails) hergestellt sowie einige Personen für Gewalthandlungen (z. B. Schweißer, Angreifer) bestimmt werden, und gedenkt die Bundesregierung verneinendenfalls, alsbald Gesetzesentwürfe vorzulegen, die derartige Handlungen unter Strafe stellen?
114. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Warum und in welcher Weise sollen entsprechend den Wünschen des polnischen Justizministers Professor Dr. Bafia Rechtsbestimmungen und juristische Interpretationen in der Bundesrepublik Deutschland „an den Buchstaben und den Geist des Vertrags vom 7. Dezember 1970“ angepaßt werden?
115. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Liegt der Antwort der Bundesregierung, wonach die Strafverfolgung namentlich bekannter Täter, denen mehrhundertfache Mordtaten an Deutschen nachgewiesen wurden und die sich im Jurisdiktionsbereich polnischer Gerichte befinden, „nicht sinnvoll sein dürfte“, eine „sinnlose Sache“ und „außenpolitisch nicht sinnvoll“ sei (Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages S. 657), eine Feststellung zur tatsächlichen Lage in der Justiz und in der Außenpolitik der Volksrepublik Polen oder der Bundesrepublik Deutschland zugrunde, nach dem die Verfolgung von NS-Mordtaten keineswegs sinnlos ist?
116. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen der Wiedergutmachung hält die Bundesregierung unter Berücksichtigung des Artikels 103 des Strafgesetzbuches zu dem das Staatsoberhaupt des Vatikans, Paul VI., beleidigenden Artikel im Stern vom 10. Februar 1977 für angemessen, nachdem in diesem Artikel das Staatsoberhaupt einer in engem Vertragsverhältnis zu Deutschland stehenden Macht, deren moralische Bedeutung weltweit bekannt ist, in einer Weise behandelt wird, die an die Angriffe gegen das Papsttum und die katholische Kirche aus der Zeit des Nationalsozialismus erinnert?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

117. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD)** Welchen zeitlichen Rahmen hat sich die Bundesregierung gesetzt, den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes vorzulegen, und hält sie die dort aufzunehmende Ermächtigung, Mindestanforderungen an Pflanzenschutzgeräte festzulegen, für eine ausreichende Maßnahme angesichts der Tatsache, daß erstens 1975 die Baywa nur 20 bis 23 % der Pflanzenschutzgeräte als einwandfrei funktionierend ermittelte und zweitens nach Mitteilung der Länder die Zahl der freiwillig überprüften Geräte rückläufig ist?
118. Abgeordneter
**Grunenberg
(SPD)** Wird die Bundesregierung in Anbetracht der norwegischen Forderung, daß deutsche Kutterfischer das Ein- und Auslaufen in die 200 sm-Wirtschaftszone Norwegens sowie wöchentlich die Fangmenge melden müssen, dafür Sorge tragen, daß die deutschen Kutterfischer eine auf norwegische Verhältnisse ausgerichtete Funkanlage erhalten, oder ist die Bundesregierung andernfalls bereit, ein Schiff in den entsprechenden Gewässern zu stationieren, das die Meldungen sammelt und weiterleitet, und welche Kosten würden für ein solches Projekt entstehen?
119. Abgeordneter
**Dr. Enders
(SPD)** In welchem Maß wurden von Landwirten Dürreschäden des vergangenen Jahrs geltend gemacht, und wann kann mit der Abwicklung der Anträge gerechnet werden?
120. Abgeordneter
**Dr. Enders
(SPD)** Wie gedenkt die Bundesregierung die Härtefälle der Landwirte mit weniger als 20 Hektar Fläche zu behandeln, die bei einem Nebenverdienst von über 12 000 DM im Jahr 1976 keine Hilfe für Dürreschäden beantragen konnten, während Inhaber größerer Betriebe mit einem Nebeneinkommen bis zu 30 000 DM noch berücksichtigt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

121. Abgeordneter
**Büchner
(Speyer)
(SPD)** Wir beurteilt die Bundesregierung die Sicherheitsbedingungen — insbesondere für Formel 1 Veranstaltungen — auf dem Nürburgring und die damit verbundenen Voraussetzungen, daß diese Rennstrecke auch langfristig in die internationale Veranstaltungsreihe des Motorsports einbezogen bleibt?
122. Abgeordneter
**Büchner
(Speyer)
(SPD)** Welche Gründe sind nach Auffassung der Bundesregierung dafür maßgebend, daß der Nürburgring auch nach den umfassenden Baumaßnahmen unter Sicherheitsaspekten immer wieder im Zentrum der Kritik von Rennsportlern und der Fachpresse steht, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

123. Abgeordneter
Dr. Nothhelfer
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der deutsch-schweizerischen Vertragsverhandlungen über den Großflughafen Zürich/Kloten auch sicherzustellen, daß künftige Ausbaumaßnahmen dieses Flughafens von vornherein so durchgeführt werden, daß nicht schon von der Anlage der Start- und Landebahnen her der überwiegende Teil der Immissionen ins deutsche Grenzgebiet exportiert wird, und weiter sicherzustellen, daß die bereits bestehenden Nord-Süd-Pisten in Zukunft nicht so benutzt werden, daß zur Schonung des Großraums Zürich die deutsche Grenzbevölkerung weit mehr als flugtechnisch unbedingt notwendig belastigt wird?
124. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wurden seit 1969 von der Deutschen Bundesbahn und ihr zugeordneten Institutionen Verträge mit mittelständischen Brauereien durch Abschlüsse mit Großbrauereien ersetzt, bzw. bei neuen Geschäftsbeziehungen mittelständische Brauereien nicht berücksichtigt, und was hat die Bundesregierung getan bzw. gedenkt sie zu unternehmen, um die Deutsche Bundesbahn zu einer Vergabepolitik zu veranlassen, die mit den Ausführungen des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung und sonstigen Bekundungen der Bundesregierung an die Adresse des Mittelstands übereinstimmt?
125. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn ihre aus der allgemeinen Beförderungspflicht erwachsenden Verpflichtungen dadurch verletzt, daß sie Großbrauereien bevorzugt und mittelständische Brauereien mit der Begründung benachteiligt, sie müsse das größere Verkehrsaufkommen seitens der Großbrauereien honorieren, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, um derartige Praktiken abzustellen, insbesondere im Hinblick auf die Versicherungen, die sie im Zusammenhang mit der Benachteiligung der mittelständischen Brauereien durch die zentrale Beschaffungsorganisation für die Bundeswehrkantinen abgegeben hat?
126. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung entscheiden, ob die Festsetzung der Immissionswerte bei der Regelung des Schallschutzes aufgrund des Bundes-Immissionsschutzgesetzes im Rahmen einer Verordnung oder durch eine gesetzliche Regelung erfolgt?
127. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Straßenbauvorhaben nicht durchgeführt oder begonnen werden konnten, weil eine Schallschutzregelung fehlt?
128. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Muß aus der Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Anfrage vom 4. Februar 1977 (Drucksache 8/86, Nr. 56) der Schluß gezogen werden, daß es die Bundesregierung ablehnt, dafür einzutreten, daß die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zum Schicksal der durch ihren Wahlkreis führenden Strecken der Deutschen Bundesbahn angehört werden, ehe die Staatssekretärskonferenz ihren endgültigen Entwurf für das künftige Streckennetz fertigstellt, oder welche Haltung nimmt die Bundesregierung verneinendenfalls in dieser Frage ein?

129. Abgeordneter
Dr. Corterier
(SPD) Welche technischen Ursachen sind dafür maßgebend, daß die Inbetriebnahme der Flugsicherungszentrale Eurocontrol in Karlsruhe verschoben wurde?
130. Abgeordneter
Dr. Corterier
(SPD) Trifft eine Meldung der Tageszeitung Die Welt vom 18. Februar 1977, Seite 2, zu, daß wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundesverkehrsministerium und dem Bundesverteidigungsministerium über den zwischen sich kreuzenden Verkehrs- und Militärflugzeugen einzuhaltenden Sicherheitsabstand eventuell weitere Verzögerungen bei der Inbetriebnahme der Karlsruher Zentrale zu befürchten sind?
131. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Transport von Massengütern (z. B. von Kies oder Sand) stärker von der Straße auf die Schiene zu verlagern?
132. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) Sind in der Vergangenheit entsprechende Versuche mit Containertransporten gemacht worden, wenn ja, welche Ergebnisse haben sie erbracht, und wäre die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, bei bestimmten Großprojekten (z. B. Autobahn- oder Bundesfernstraßenbau) weitere Modellversuche mit Containertransport auf der Schiene zu finanzieren?
133. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Für wie hoch hält die Bundesregierung volumen- und einnahmenmäßig die Ausfälle, die der Deutschen Bundespost durch die Konkurrenz der beiden im Bundesgebiet mit der Paketbeförderung befaßten Unternehmen „United Parcel Service“ und „Deutscher Paket-Dienst“ entstehen?
134. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Trifft es zu, daß die beiden Paketdienste nur die rentablen Verkehrsverbindungen bedienen, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diese gegebenenfalls ungleiche Konkurrenzsituation zu verändern?
135. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die durch die hessische Gebietsreform neu gebildete Stadt Lahn (Zusammenschluß von Gießen, Wetzlar und weiteren 14 Gemeinden) mit einem einheitlichen telefonischen Ortsnetz zu versehen, und wenn ja, wann kann mit der Realisierung gerechnet werden?
136. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Wie sieht die von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Frage des Kollegen Dr. Dübber — Plenarprotokoll 8/12 der 12. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. Februar 1977, S. 546 f* — erwähnte, vom Bundespostministerium erarbeitete Konzeption zur Lösung des Problems der Störung des Fernsehempfangs durch die sog. Hochhausabschattung im einzelnen aus, und mit welchen Bundesländern ist sie bisher diskutiert worden?
137. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Bis wann glaubt die Bundesregierung, zu einer Lösung der von ihr als „immer dringlicher“ erkannten Probleme zu kommen, und wie stellt sie sich das weitere Procedere vor?

138. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Ist die Deutsche Bundespost bereit, diejenigen Fernsprechteilnehmer, die in einer neugegliederten politischen Gemeinde leben, sich aber im Fernsprechverkehr in bis zu zehn verschiedenen Ortsnetzen befinden, wenigstens in einem Fernsprechverzeichnis der jeweiligen politischen Gemeinde zusammenzufassen?
139. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Ist bejahendenfalls die Deutsche Bundespost bereit, diese Eintragungen mit Angabe der jeweiligen Vorwahlennummern für die Teilnehmer kostenfrei vorzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

140. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD) Gibt es zur Zeit Gespräche oder Verhandlungen der Bundesregierung mit den Alliierten oder mit der DDR über Überflugrechte der DDR-Fluggesellschaft Interflug über das Territorium der Bundesrepublik Deutschland für eine Fluglinie Berlin-Schönefeld-Zürich?
141. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Weigerung Ost-Berlins, von der gehäuften vertragswidrigen Zurückweisung von Besuchern Abstand zu nehmen, indem die Ostberliner Behörden beanspruchen, über Einreisegenehmigungen in freiem Ermessen entscheiden zu können, und zu welchen Aktivitäten gegenüber den westlichen Schutzmächten als Signataren des dadurch im Kern getroffenen Viermächteabkommens über Berlin gibt dies der Bundesregierung Anlaß?
142. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung unternommen, um sicherzustellen, daß die im Bundesgebiet in den Verkehr gebrachten Landkarten die Zonengrenze entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag in einer Weise kennzeichnen, wie die Grenze zwischen zwei Bundesländern — und nicht wie die zu dritten Staaten — und daß die farbliche Kennzeichnung Deutschlands in den Grenzen von 1937 einerseits dessen Zusammengehörigkeit und andererseits der Unterscheidung von dem Gebiet dritter Staaten Rechnung trägt, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die öffentliche Hand mit untadeligem Beispiel voranzugehen hat, um unter Hinweis auf das eigene Verhalten auch privaten Herstellern eine dem Verfassungsurteil entsprechende Gestaltung empfehlen zu können?
143. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Ost-Berlin im Zusammenhang mit den für den Interzonenverkehr wieder in Betrieb genommenen Berliner Bahnhöfen neue zusätzliche Zahlungsforderungen erhebt, und wie nimmt — bejahendenfalls — die Bundesregierung dazu unter rechtlichen und politischen Gesichtspunkten Stellung?

144. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, aus der kommunalen Neugliederung Schlußfolgerungen für die Abgrenzung des Zonenrandgebiets mit dem Ziel zu ziehen, daß künftig die Grenze des Zonenrandgebiets nicht einzelne der neugebildeten Großgemeinden durchtrennt, sondern alle Gemeinden, von denen Stadt- bzw. Gemeindeteile zum Zonenrandgebiet gehören, insgesamt in das Zonenrandgebiet einbezogen werden?
145. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung erneut und in welcher Form auf die hessische Landesregierung eingewirkt mit dem Ziel, daß auch in Hessen den Besuchern aus der DDR (Rentner und in dringenden Familienangelegenheiten) ein Begrüßungsgeld gezahlt wird, wie es in den anderen Bundesländern üblich ist?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

146. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Gesellschaft für Wehrkunde weiterhin finanziell fördern, nachdem diese – einer Mitteilung der Sektion Düsseldorf zufolge – im Sinn des verstorbenen Generalleutnants a. D. Engel „weiter wirken“ will?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

147. Abgeordneter
Graf
Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die „DDR“-Machthaber den sowjetischen Sektor Berlins unter Schaffung eines zusätzlichen Bezirks erweitern wollen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dadurch die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten für Berlin als ganzes verletzt würden?
148. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)
- Wieviel Fälle von verweigerter Familienzusammenführung und verweigerten Ausreisegenehmigungen verlobter oder heiratswilliger rumänischer Staatsangehöriger deutscher Abstammung sind der Bundesregierung in den letzten beiden Jahren vorge tragen beziehungsweise bekannt geworden?
149. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung diese Fälle zum Anlaß nehmen, auf der Belgrader Folgekonferenz zu Helsinki auf Abschaffung einer den Beschlüssen des Korbes III zuwiderlaufenden Praxis zu drängen, und welche Maßnahmen hat sie unternommen, dem in Frage 148 genannten Personenkreis die Ausreise zu ermöglichen?
150. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD)
- Hält die Bundesregierung das auch für Angehörige von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft geltende gesetzliche Verbot des Eigentumserwerbs von Grundstücken in Dänemark für ein Hindernis bei der Gewährleistung des in den römischen Verträgen verankerten Rechts auf Niederlassungsfreiheit?

151. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, mit der dänischen Regierung in Gespräche darüber einzutreten, daß der dänische Justizminister in Zukunft jedenfalls gegenüber Angehörigen von EG-Mitgliedstaaten von seinem Recht verstärkt Gebrauch macht, Ausnahmen von dem gesetzlichen Verbot des Grundstückserwerbs zu genehmigen?
- 152.. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Prager Regierung die künftige Erteilung von Visen für Journalisten von einer beschönigenden Berichterstattung über die gegenwärtigen Verhältnisse in der Tschechoslowakei abhängig macht, und was unternimmt gegebenenfalls die Bundesregierung gegen derartige Praktiken?
153. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in der Slowakei ein Priester zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, weil er Radio Vatikan gehört und die Zahl der „religiösen Aktivisten unter den Laien“ vermehrt hat, und zu welchen Aktivitäten gibt dies – bejahendenfalls – der Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt der Verletzung der Vereinbarungen von Helsinki Anlaß?
154. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausweisung der Vertreter der Gesellschaft für Menschenrechte, die im jugoslawischen Justizministerium eine Petition zugunsten zweier unrechtmäßig verurteilter Jugoslawen übergeben wollten, und hat die Bundesregierung der jugoslawischen Regierung unmißverständlich klargemacht, daß von guten deutsch-jugoslawischen Beziehungen solange nicht die Rede sein kann, wie in Jugoslawien unter Verletzung der Vereinbarungen von Helsinki die Menschenrechte nicht beachtet werden?
155. Abgeordneter
von Hassel
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um den Schutz für deutsche Missionare und Missionsschwester in den afrikanischen Spannungsgebieten zu verbessern?
156. Abgeordneter
von Hassel
(CDU/CSU)
- Welche Stellungnahme hat die Bundesregierung gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber den Verantwortlichen für die Mordaktion in Rhodesien abgegeben?
157. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU)
- Besitzt die Bundesregierung konkrete Informationen über die Mörder dreier deutscher Missionsangehöriger in Rhodesien?
158. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU)
- Besitzt die Bundesregierung Pläne, um bedrohte deutsche Missionare im Notfall aus Spannungsgebieten oder Kampfzonen evakuieren zu können?
159. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die Bemühungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Carter, unterstützen, durch ein öffentliches Eintreten für die Bürgerrechtskämpfer in der UdSSR und in anderen kommunistisch beherrschten Staaten der Bürgerrechtsbewegung Rückhalt und Hilfe zu verschaffen, und an welche konkreten Schritte denkt die Bundesregierung bejahendenfalls?

160. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um zu erreichen, daß die tschechoslowakische Regierung die Ausreise von Deutschen großzügiger handhabt?
161. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie vereinbart die Bundesregierung die Aufforderung an die Ministerpräsidenten der Länder, an einer Erfüllung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen mitzuwirken (Die Welt 23. Februar 1977), mit der Feststellung eines Mitautors dieser Empfehlungen, „daß hier Zwänge vorliegen, daß außerwissenschaftliche Erwägungen eine Rolle spielen – wer wollte das bestreiten?“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 31. Januar 1977, Professor Gotthold Rhode), wodurch die Fragwürdigkeit des Wahrheitsgehalts der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen klargestellt worden ist?
162. Abgeordneter
Rainer
(CDU/CSU)
- Trifft die Meldung der Neuen Zürcher Zeitung vom 25. Februar 1977 zu, die Sowjets versuchten, die Spionagetätigkeit des ehemaligen Chefs der schweizerischen Luftschutztruppen für sie zu leugnen, und beschuldigten die Bundesrepublik Deutschland, die Affäre angezettelt zu haben, und hat – bejahendenfalls – die Bundesregierung die sowjetische Regierung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das jeder Grundlage entbehrende sowjetische Verhalten den Beziehungen zwischen Bonn und Moskau abträglich ist?
163. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Sozialistische Einheitspartei für das SED-Regime die Souveränität auf den West-Berliner Wasserstraßen und Eisenbahnanlagen reklamiert, und was hat die Bundesregierung – bejahendenfalls – unternommen, damit diese haltlosen Ansprüche zurückgewiesen werden?
164. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen Diplomaten und Auslandskorrespondenten zu treffen, die sich nach Angaben des nach England geflüchteten Mitglieds der tschechoslowakischen Botschaft in Bonn, Swetosar Simko, als Einrichter von Sabotagetrupps und anderer gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gerichteter Aktionen betätigen?
165. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Akkreditierung des Personals der tschechoslowakischen Botschaft in Bonn für tragbar, wenn sich nach Angaben des nach England geflüchteten Swetosar Simko 17 Mitglieder dieser Botschaft allein mit Spionage betätigen und der Chef dieser Botschaft, Jiri Götz, nach den Angaben Josef Froliks, eines ehemaligen Majors des Prager Geheimdienstes, selbst Mitglied dieses Geheimdienstes war bzw. ist?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß das Gästebuch der Fotoausstellung in Ost-Berlin dem kommunistischen Kulturbund übergeben werden soll, und wie hat - bejahendenfalls - die Bundesregierung sichergestellt, daß den Verfassern kritischer Eintragungen hinsichtlich der Lebensverhältnisse unter der SED-Herrschaft keine Nachteile entstehen?
2. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß im Zusammenhang mit der Auflösung der Abteilung 5 des Bundespresseamts § 78 Abs. 1 Nr. 1 und 2, §§ 72, 69 und 66 Abs. 1 des Bundespersonalvertretungsgesetzes nicht beachtet wurden, und somit der Personalrat nicht entsprechend beteiligt wurde, und wenn ja, welche Gründe haben den Staatssekretär des Presse- und Informationsamts zu diesem Verhalten veranlaßt?
3. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Trifft die Meldung des Handelsblatts vom 1. Februar 1977 zu, daß das Bundeskanzleramt, die niedersächsische Staatskanzlei und der Hauptvorstand der IG Chemie der Prognos AG ein Gutachten über die Risiken und Chancen unterschiedlicher Steuerungsinstrumente zur Lösung von Strukturkrisen in Auftrag gegeben hatten, und wenn ja, zu welchen Preisen und zu welchem Termin ist die Auftragsvergabe erfolgt?
4. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Seit wann ist es üblich, daß staatliche Stellen gemeinsam mit Gewerkschaften ein Gutachten bestellen, wie erfolgte im genannten Fall die Auftragserteilung, und welche Kosten sind bei den Beteiligten entstanden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

5. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die östliche Seite die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in einem weiteren Punkt abbauen will, indem die Sowjets neuerdings die „DDR“ als Partner der drei Westmächte für die Militärzüge zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet auftreten lassen wollen, und zu welchen Überlegungen gibt dies bejahendenfalls der Bundesregierung Anlaß?
6. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Geben Pressemeldungen nach der jüngsten Konferenz der deutschen Südasien-Botschafter die Auffassung der Bundesregierung zutreffend wieder, daß die Bundesregierung Indien wegen seiner Vormachtstellung auf dem asiatischen Subkontinent und durch die im Ausnahmezustand gewonnene Stabilität als einen „interessanteren und verlässlicheren“ Partner betrachtet?

- | | |
|--|--|
| 7. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) | Wenn ja, wie begründet die Bundesregierung angesichts der innenpolitischen Lage in Indien diese außerordentlich positive Beurteilung? |
| 8. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Sowjets gegenüber einem Mitglied der Bürgerrechtsbewegung erneut das Recht auf Freiheit und auf den Wohnsitz verletzt sowie ein Strafverfahren eingeleitet haben, und teilt die Bundesregierung — bejahendenfalls — die Auffassung, daß die Sowjets damit wiederum gegen die Vereinbarung von Helsinki verstoßen haben? |
| 9. Abgeordneter
Gierenstein
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß Deutsche in der Sowjetunion, denen die Ausreise in den freien Teil Deutschlands vorenthalten wird, jetzt auch noch — unter dem Vorwand von Paßvergehen — zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung unternommen, um sie vor dem Strafvollzug zu bewahren und ihnen die Ausreise zu ermöglichen? |
| 10. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) | Aus welchen Gründen verweigert das Auswärtige Amt der kulturell bedeutsamen Peking-Oper Nationalchinas die Einreise und das Auftreten in der Bundesrepublik Deutschland, obwohl diese in Schweden und Österreich gastierte, und wie läßt sich das in Einklang bringen mit der Tatsache, daß das Auswärtige Amt gleichzeitig der rotchinesischen Peking-Oper die Möglichkeit von kommunistischen Propaganda-Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland einräumt? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Sowjets nach dem Vorsitzenden der entsprechenden ukrainischen Gruppe nunmehr den Vorsitzenden der Bürgergruppe verhaftet haben, die sich der Beobachtung, ob die Vereinbarungen von Helsinki in der gesamten Sowjetunion eingehalten werden, widmet, und was unternimmt die Bundesregierung — bejahendenfalls — gegen derartige, die Vereinbarungen von Helsinki verletzende, Maßnahmen? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sich geweigert hat, Zeugenaussagen über die Verletzungen der Bürgerrechte in der Sowjetunion zu hören, und wenn ja, wie hat die Bundesregierung sich in dieser Angelegenheit verhalten? |
| 13. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) | Welche Berechnungen liegen der Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage Nummer 122 (Drucksache 8/86) zugrunde, und wie erklärt die Bundesregierung, daß in den beteiligten Wirtschaftskreisen die Zahl der langfristig durch das deutsch-brasilianische Abkommen gesicherten Arbeitsplätze in der Kernenergiewirtschaft zwölf mal so hoch veranschlagt wird? |
| 14. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) | Warum hat die Bundesregierung den zweiten Teil meiner an sie gerichteten Anfrage Nummer 122 (Drucksache 8/86) nicht beantwortet, und wie beantwortet die Bundesregierung nunmehr meine Frage, was sie unternimmt, um die ordnungsgemäße Erfüllung der gegenüber Brasilien eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen sicherzustellen? |

15. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei der Beratung der Abschlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für die Belgrader Konferenz gemeinsam mit den Mitgliedstaaten der EG den Inhalt des Korbs V zum zentralen Thema der Diskussion zu erheben?
16. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Ist die Bundesregierung bereit, die sozioökonomischen, die sicherheitstechnischen und die humanistischen Aspekte der Stellungnahme mit den Mitgliedstaaten der EG so abzustimmen, daß die Gemeinschaft mit einer Stimme spricht?
17. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, das deutsche Konsulat für die östlichen Niederlande in Enschede — trotz der Tatsache, daß dieses Grenzland besondere Brückenfunktion hat — nicht wieder zu besetzen und die Zuständigkeit für dieses Gebiet auf das deutsche Konsulat in Amsterdam zu übertragen?
18. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie wertet die Bundesregierung den sowjetischen Protest bei den alliierten Schutzmächten gegen die Genehmigung der Fluglinie Berlin/Zürich, wobei die Sowjets die Benutzung der Berliner Luftkorridore auf die Versorgung der Garnisonen der drei Schutzmächte in West-Berlin beschränken, und welche Folgen hat das sowjetische Verhalten auf die deutsch-sowjetischen Luftfahrtbeziehungen?
19. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Radio Liberty in seinen Sendungen eine Direktive berücksichtigt, die elf Punkte umfaßt, die sowjetischen Forderungen entsprechen, und was hat die Bundesregierung — bejahendenfalls — unternommen, um eine freie und uneingeschränkte Berichterstattung und Kommentierung aller im Geltungsbereich des Grundgesetzes arbeitenden Sender sicherzustellen?
20. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung den drei Schutzmächten empfehlen, im Falle von Verboten totalitärer Parteien oder von deren Veranstaltungen durch die Alliierte Kommandantur in Berlin den Gleichheitsgrundsatz zu beachten und keine Unterschiede zwischen Rechts- und Linkstotalitären zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

21. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß das neue Waffenrecht dazu geführt oder mindestens nicht verhindert hat, daß die Zahl der nebenberuflichen Waffenhändler nicht unerheblich gewachsen ist?
22. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung mögliche Gefahren durch den Waffenbesitz zahlreicher unausgebildeter Kleinhändler, und was beabsichtigt sie gegebenenfalls gegen solche Gefahren zu unternehmen?

23. Abgeordneter
**Dr. Müller-
Emmert**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Sportbeziehungen, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für geeignet, um eine Ausweitung dieser Beziehungen zu erreichen?
24. Abgeordneter
**Dr. Müller-
Emmert**
(SPD)
- In welchem Umfang besteht eine Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung bzw. Institutionen und Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, die die Verwertung der Erfahrung und Erkenntnisse der XX. Olympischen Spiele 1972 in München und Kiel bzw. eine Beteiligung deutscher Unternehmen an den Baumaßnahmen für die XXII. Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau und Tallinn zum Ziel haben?
25. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Wie viele (absolut und prozentual) von den Ausländern, die 1976 über die Zonen- und Sektorengrenze ins Bundesgebiet gelangt sind, haben die Asylgewährung als politischer Flüchtling beantragt und erhalten, und wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr ein, daß auf diese Weise Terroristen und Angehörige von Zusammenschlüssen ins Bundesgebiet gelangen, deren Tätigkeit gegen Verfassung und Strafgesetze gerichtet ist, bzw. wie begegnet sie dieser Gefahr?
26. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. März 1971 in der Weise zu ändern, daß nach der Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Nörvenich vom 28. Oktober 1974 eine globale Umsiedlung der Ortschaft Niederbolheim erreicht werden kann?
27. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung der Inhalt einer vierteiligen Sendung des Staatlichen Tschechoslowakischen Fernsehens vom 6., 7., 8. und 9. Januar 1977 bekannt, in der u.a. offen eingestanden wird, daß sich ein Offizier der tschechoslowakischen Kontraspiionage
- die Skizze der Wohnung des für das ZDF arbeitenden Journalisten Vladimir Vesely beschaffen und
 - Kopien von in dieser Wohnung befindlichen Schriftstücken anfertigen und schicken ließ, und ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, gegen diesen Verstoß der Unverletzlichkeit der Wohnung und die Art der öffentlichen Darstellung etwas zu unternehmen?
28. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, durch Verhandlungen mit der königlich niederländischen Regierung eine Übereinkunft darüber zu schließen, daß für die vielen auf niederländischem Hoheitsgebiet wohnenden deutschen Schulkinder wenigstens morgens und mittags der Grenzübergang „Kleine Wacht“ – zwischen dem Ortsteil Aachen Vaalserquartier und der niederländischen Gemeinde Vaals – geöffnet wird, um den Kindern den erheblichen Umweg über die verkehrsfährdete Bundesstraße zu ersparen?

29. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang hat die Regelung in § 36 Abs. 3 und 4 der Bundeslaufbahnverordnung über die Berücksichtigung des Nachweises besonderer fachlicher Kenntnisse durch das Diplom einer Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie zu praktischen Ergebnissen geführt, und hält die Bundesregierung damit eine ausreichende Berücksichtigung der durch diese Form der freiwilligen Fortbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten für gewährleistet?
30. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Bestehen Absprachen zwischen Bund und Ländern über ein gleichartiges Vorgehen in dieser Frage, oder in welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, auf ein abgestimmtes Vorgehen hinzuwirken?
31. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Welche Mittel stehen dem Technischen Hilfswerk 1977 voraussichtlich im einzelnen zur Verfügung, und ist damit zu rechnen, daß in den Jahren 1977 und 1978 eine finanzielle Besserstellung gegenüber den Jahren 1975 und 1976 erfolgt?
32. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU)
- Welche Auffassung hat die Bundesregierung zu dem Bau von Kernkraftwerken in Remmerschen (Luxemburg) und Cattenon (Frankreich) an der deutsch-luxemburgischen bzw. deutsch-französischen Grenze, und in welchem Umfang ist sie von den beteiligten Regierungen unterrichtet, und welche Folgerungen hat sie hieraus für die Standortplanung der Bundesrepublik Deutschland gezogen?
33. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU)
- Haben deutsche Staatsbürger im Fall der geplanten Kernkraftwerke in Remmerschen bzw. Cattenon analog zum deutschen Recht die Möglichkeit einer Verwaltungsklage, und ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls Rechtshilfe diesen deutschen Staatsbürgern zu leisten?
34. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen ihrer Bemühungen um eine Reform des öffentlichen Dienstes die Bundeskantinenrichtlinie so zu ändern, daß die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die aus hygienischen Gründen in ihrer Arbeitskleidung keine Lokalitäten betreten dürfen, wie z.B. Kanalarbeiter, und deshalb keinen Zuschuß für warme Mahlzeiten erhalten, in Zukunft nicht mehr unterprivilegiert werden?
35. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, das Moratorium für Strukturverbesserung im öffentlichen Dienst zu modifizieren, und ist sie bereit, den Verbesserungen für den Polizeivollzugsdienst dabei eine besondere Priorität einzuräumen?
36. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Strebt die Bundesregierung weitergehende Schutzmaßnahmen an als sie im Rheinabkommen über Maßnahmen zur Verringerung des Salzaufkommens des Rheins (Chlorid-Abkommen) vorgesehen sind, um die, wie im Gutachten des geologischen Landesamts Baden-Württemberg über die Versalzung des Grundwasserbeckens am Oberrhein festgestellte, Versalzung des Grundwassers und damit die Gefahr in

- der Trinkwasserversorgung zu verringern, und ist die Bundesregierung bereit, die Untersuchungsergebnisse des geologischen Landesamts in der Commission Tripartie zur Sprache zu bringen?
37. Abgeordnete
Frau Dr. Walz
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß das niederländische Sozialministerium im Jahr 1974 eine Reichskommission für Sicherheitsfragen auf dem LNG-Sektor eingesetzt hat mit dem Auftrag, eine Risikoanalyse durchzuführen und die ihrerseits die TNO (Technische Naturwissenschaftliche Untersuchungen) mit der Erstellung einer Studie über die Entstehungsmöglichkeiten einer Gaswolke und die zu erwartenden Auswirkungen auf Industrie- und Hafengebiete sowie deren Bekämpfung beauftragte, die inzwischen abgeschlossen sein soll und wenn ja, wird sich die Bundesregierung die Ergebnisse der Studie zunutze machen?
38. Abgeordnete
Frau Dr. Walz
(CDU/CSU) Welche Ergebnisse dieser Untersuchung sind der Bundesregierung inzwischen bekannt, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
39. Abgeordnete
Frau Dr. Walz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage, mitzuteilen, wann der Abschlußbericht vorgelegt werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

40. Abgeordneter
Klein (Dieburg)
(SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bei der Sichtung des Lockheedmaterials, das ihr von der Regierung der USA zur Auswertung zur Verfügung gestellt wurde, jetzt – vier Monate nach der Übergabe – gewinnen können?
41. Abgeordneter
Klein (Dieburg)
(SPD) Falls die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist, wann werden die Sichtungsarbeiten beendet sein?
42. Abgeordneter
Klein (Dieburg)
(SPD) In welcher Form wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über die dabei gewonnenen Erkenntnisse unterrichten?
43. Abgeordneter
Dr. Wittmann (München)
(CDU/CSU) Welche seit dem 7. Dezember 1970 mit der Volksrepublik Polen getroffenen Vereinbarungen haben Bedeutung für den Verantwortungsbereich des Bundesjustizministers?
44. Abgeordneter
Rainer
(CDU/CSU) Gibt es beim Menschen Merkmale, die auf eine Tendenz zu Tötungsdelikten schließen lassen, ohne daß nach geltendem Recht durch Sicherungsverwahrung Vorsorge getroffen werden kann, und zu welchen Überlegungen gibt dies – bejahendenfalls – der Bundesregierung Anlaß?
45. Abgeordneter
Rainer
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die geltende Höchstgrenze der Verwahrungszeit in den meisten Fällen nicht ausreicht, um eine innere Wandlung des Delinquenten herbeizuführen, und zu welchen Überlegungen gibt dies – bejahendenfalls – der Bundesregierung Anlaß?

46. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat der polnische Justizminister bei den Bonner Gesprächen die Änderung des Status der Vertriebenen auf Grund des Bundesvertriebenengesetzes der Bundesrepublik Deutschland gefordert (vgl. Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12. Februar 1977), obwohl nach der UNO-Charta eine Gesetzgebung, die nicht gegen die Menschenrechte verstößt, „ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates“ gehört, und wenn ja, wie beabsichtigt die Bundesregierung, dieser dann nach dem Völkerrecht vorliegenden Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu begegnen?
47. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die nach 1945 vorgenommene Verleihung der polnischen Staatsangehörigkeit an deutsche Staatsangehörige in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße auf angebliche Forderung des polnischen Justizministers (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Februar 1977) ausdrücklich anzuerkennen, obwohl die Schranken des Völkerrechts die staatliche Freiheit bei der Verleihung der Staatsangehörigkeit durch eine Verwaltungsmacht eingrenzen, obwohl die Verleihung sehr oft unter mittelbarem oder unmittelbarem Zwang erfolgte (vgl. Dokumentation des Deutschen Roten Kreuzes „Gesucht wird . . .“) und der Heimatstaat im Sinne des verfassungsmäßigen Schutzes deutscher Staatsangehöriger der Wirksamkeit solcher „Verleihungen“ anzufechten hätte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

48. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Gibt es innerhalb der Bundesregierung Überlegungen, die Berlin-Bindung bei Schiffsbauten, die nach den jetzigen Bestimmungen acht Jahre beträgt, in der Zukunft zu verändern, insbesondere zu verkürzen?
49. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, Kraftfahrzeuge aus der DDR und den übrigen Ostblockstaaten bei Benutzung der Verkehrsstraßen der Bundesrepublik Deutschland der KFZ-Besteuerung zu unterwerfen?
50. Abgeordneter
Peter
(SPD)
- Hält der Bundesfinanzminister an seiner Entscheidung fest, die Aufgaben der Bundesvermögensabteilung Saarbrücken der Oberfinanzdirektion Koblenz zu übertragen, und wenn ja, liegt dieser Entscheidung eine Prüfung der Voraussetzungen des § 8 Abs. 3 des Gesetzes über die Finanzverwaltung vom 30. April 1971 zugrunde, wonach Aufgaben der Bundesverwaltung nur aus Gründen der Verbesserung und Erleichterung ihres Vollzugs — demnach nicht aus fiskalischen Gründen wie Stelleneinsparungen etc. — einer anderen Oberfinanzdirektion übertragen werden können, und ist bei dieser Prüfung auch berücksichtigt worden, welche Schwierigkeiten aus der Auflösung der Bundesvermögensabteilung in Saarbrücken im Vollzuge derjenigen Aufgaben eintreten können, an denen die saarländische Landesregierung zu beteiligen ist?

51. Abgeordneter
Peter
(SPD)
- Hat der Bundesfinanzminister geprüft, ob eine gegebenenfalls durch Zusammenlegung von Abteilungen der Bundesfinanzverwaltung zu erwartende Straffung des Aufgabenvollzugs nicht auch durch Zusammenlegung der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung mit der Bundesvermögensabteilung bei einer Oberfinanzdirektion erreicht werden kann, und wenn nein, hält es der Bundesfinanzminister nicht für zweckmäßig, einen Gesetzentwurf für eine Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes des Inhalts einzubringen, daß bei Bundesländern mit nur einer Oberfinanzdirektion die Zusammenlegung von Abteilungen der Bundesfinanzverwaltung innerhalb der Oberfinanzdirektion des jeweiligen Bundeslandes vorzusehen ist?
52. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Vorsitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft, bei einer Überforderung durch ertragsunabhängige Steuern biete sich das Instrument der Stundung oder des Erlasses an, um offensichtliche Unbilligkeiten im Einzelfall abzuwenden (Handelsblatt vom 8. Februar 1977), und wird die Bundesregierung bejahendenfalls im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder dafür Sorge tragen, daß von diesem Instrument häufiger als bisher Gebrauch gemacht wird?
53. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU)
- Wieviel Fälle sind der Bundesregierung bisher bekanntgeworden, in denen Steuern gestundet oder erlassen worden sind, um eine Überforderung durch ertragsunabhängige Steuern abzuwenden?
54. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die steuerfreien Sozialhilfeleistungen (einschließlich Mietbeihilfen, Krankenkassen-Beitrag und Beihilfen von Fall zu Fall), derzeit bei einem Alleinstehenden bis zu 809 DM monatlich, bei einem Verheirateten mit zwei Kindern bis zu 2036 DM monatlich betragen können und daß bei gleichem Brutto-lohn ein unverheirateter Arbeitnehmer monatlich über 70 DM, ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern monatlich fast 240 DM Lohnsteuer zu zahlen hat, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Steuerbelastung zu tun?
55. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wird die Bundesregierung zur Belebung der Investitionstätigkeit im Bundesgebiet finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, und kann im westmittelfränkischen Raum damit gerechnet werden, daß derartige Mittel, insbesondere auch im Rahmen des Autobahnbaus, als Sonderleistungen des Bundes zur Verfügung gestellt werden?
56. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung, unverzüglich und unbürokratisch Konjunkturförderungsmittel für solche Regionen bereitzustellen, die eine überdurchschnittliche hohe Arbeitslosenquote aufweisen, wie z.B. die Region Schweinfurt, wo die Quote laut einer Meldung des „Schweinfurter Tagblattes“ vom 8. Februar 1977 bei 9,3 % liegt?

57. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Eingangsentlastung der Lohnsummensteuer, die in ihrer derzeitigen Form insbesondere Klein- und Mittelbetriebe, Handwerk und sonstige Gewerbetreibende benachteiligt, derjenigen der Gewerbebesteuer anzugleichen?
58. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung daran fest, daß die bei der Einkommen- und Lohnsteuer geltend zu machenden Pauschale für Pakete und Päckchen in die DDR und die Vertreibungsgebiete keine Höchstgrenze darstellen, sondern darüber hinaus ein einzelner Nachweis möglich ist (wenn der Betrag der Pauschale überschritten wird) und daß keine Prüfung der Bedürftigkeit des Empfängers vorgenommen wird?
59. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die baden-württembergischen Hauptzollämter gemäß §§ 124 und 125 BO im Jahr 1976 für die Abfindungsbrennereien mit 3,8 v. H. den höchsten Ausbeutesatz für Kernobst in der Bundesrepublik Deutschland festgesetzt haben, und wie rechtfertigt die Bundesregierung diesen Höchstsatz gegenüber anderswo bis 2,0 v. H. (§ 122 BO) herab festgelegten Sätzen, und welche Steuerbelastung haben die Stoffbesitzer in Baden-Württemberg 1977 zu erwarten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

60. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse aus der deutschen Forschung zur wirtschaftlichen Nutzung des Ölschiefers vor, die den Abbau vorhandener Ölschiefervorkommen, z.B. im Raum Braunschweig, möglich machen könnten, nachdem ähnliche Forschungen in den USA bisher zu keinem Ergebnis geführt haben, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
61. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Ist damit zu rechnen, daß auf Grund vorliegender Erkenntnisse die Planungen für die Infrastruktur dieses Raums abgeschlossen und mit den für erforderlich gehaltenen Baumaßnahmen begonnen wird?
62. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die konjunktur- und energiepolitischen Auswirkungen der Kältekatastrophe in den Vereinigten Staaten von Amerika, und sieht sich die Bundesregierung in der Lage, die auf Europa übergreifenden Auswirkungen der zum Teil spekulativen Preiserhöhungen (wie sie etwa im Bericht der Frankfurter Rundschau vom 4. Februar 1977 beschrieben wurden) wirksam entgegenzuwirken?
63. Abgeordneter
Wuwer
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch die Änderung der Fertigpackungsverordnung zusätzliche Aufgaben auf die Länder zukommen, die eine Verstärkung des Personalbestandes notwendig machen, und hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zum Ausgleich eine Erhöhung der Eichgebühren für erforderlich?

64. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Welche gesetzlichen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen hinsichtlich der Schaffung einer Pufferzone z.B. im Landkreis Passau, damit die Bevorzugungspräferenzen für Zonenrandgebiete auch dort gelten und nicht die Vergaberichtlinien (Bayerischer Staatsanzeiger vom 4. Mai 1976) Anwendung finden?
65. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, ihre Energiepolitik im Bereich der Fernwärme auch darauf zu orientieren, daß nicht nur neue Fernwärmeschienen gefördert und errichtet werden, sondern daß mehr als bisher geschieht, um vorhandene Fernwärmekapazitäten und -netze optimal auszunutzen?
66. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) Über wieviel Arbeitsplätze verfügt die Kernkraftwerke bauende Industrie in der Bundesrepublik Deutschland für Inlands- und Auslandsaufträge einschließlich der Arbeitsplätze bei den Vorlieferanten?
67. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) In welcher Weise würde sich nach Meinung der Bundesregierung ein — wenn auch nur vorübergehender — Baustopp für Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland auf die Exportchancen der deutschen Kernkraftwerkshersteller auswirken?
68. Abgeordneter
Zeyer
(CDU/CSU) In welchem Umfang erfüllt Frankreich seit dem 1. Januar 1976 die in Artikel 83 Abs. 1 des deutsch-französischen Vertrags vom 27. Oktober 1956 eingegangene Verpflichtung, ein Drittel der vertragsfähigen Saarkohleförderung abzunehmen?
69. Abgeordneter
Zeyer
(CDU/CSU) Welche Menge an Steinkohle (einschließlich der nationalen Steinkohlereserve) lagen im Saarland im Februar 1977 auf Halde, und mit welchen Haldenmengen muß bis Ende 1977 bzw. Ende 1978 gerechnet werden?
70. Abgeordneter
Zeyer
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung — auch als Mehrheitsaktionär der Saarbergwerke AG — konkret getan, um den im fortgeschriebenen Energieprogramm vom 30. Oktober 1974 vorgesehenen Zweiten Kraftwerksblock termingerecht zu verwirklichen?
71. Abgeordneter
Zeyer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung abschließend die Absatz- und Beschäftigungslage der Saarbergwerke AG bis Ende 1978?
72. Abgeordneter
Gerlach
(Oberbau)
(CDU/CSU) Stellt die Auffassung des Staatssekretärs des Bundesministeriums für Wirtschaft, die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst solle wenigstens 6 % betragen, die offizielle Meinung der Bundesregierung dar, und wie beurteilt die Bundesregierung diese im Widerspruch zu sonstigen Gepflogenheiten stehende Einmischung in schwebende Tarifverhandlungen vorbei an dem für die Verhandlungsführung seitens der Bundesregierung zuständigen Kabinettsmitglied?
73. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Welche forschungs-, wirtschafts- und finanzpolitischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der vom französischen Petroleuminstitut ausgearbeiteten zweibändigen Studie „The World Market for Offshore Mobile Drilling Rigs — the present position and prospects, 1978 — 1985“, die eine Analyse des kurzfristigen und langfristigen Bedarfs der verschiedenen Bohrintertypen in den einzelnen geographischen Lagen enthält?

74. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang werden die energiepolitischen Vorstellungen des Landes Nordrhein-Westfalen bei dem Energieprogramm der Bundesregierung berücksichtigt, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung insbesondere zur Möglichkeit der vermehrten Lieferung von Strom aus Steinkohle in revierferne Bundesländer, und gedenkt sie, hier eigene Initiativen zu entwickeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

75. Abgeordneter
Rainer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die unkooperative Amtsführung des britischen Landwirtschaftsministers als Vorsitzender des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft eine weitere Sitzung des Ministerrats in der Besetzung der Agrarminister unmöglich gemacht hat — wie ähnliches auch beim britischen Außenminister in der Fischereifrage zu beobachten ist —, und welchen Wert mißt angesichts dessen die Bundesregierung den häufigen Treffen zwischen dem Bundeskanzler und dem britischen Premierminister bei, deren letztes erst kurz zuvor stattgefunden hatte?
76. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß französische Exportfirmen die Lieferung von 75000 Tonnen Butter in die Sowjetunion vorbereiten, was die europäischen Steuerzahler zusätzliche 450 Millionen DM Exportsubventionen kosten würde, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung dagegen unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

77. Abgeordneter
Eimer
(Fürth)
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Arbeitnehmer älter als 63 Jahre und wie viele älter als 65 Jahre sind?
78. Abgeordneter
Eimer
(Fürth)
(FDP)
- Kann die Bundesregierung die Höhe der Beitragsminderungen beziffern, die der Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit dadurch entstehen, daß diese Arbeitnehmer nicht oder nur zum Teil beitragspflichtig sind?
79. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, die Wahlordnung gemäß § 39 des Mitbestimmungsgesetzes vorzulegen, und wird diese Wahlordnung eine Schlichtungsstelle für den Fall von Zuordnungsschwierigkeiten auf den Wählerlisten enthalten?
80. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob und in welchem Maß die Bundesländer ihrer Beschäftigungspflicht nach dem Schwerbehindertengesetz nachkommen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, die im Schwerbehindertengesetz vorgesehene Beschäftigungsquote in allen Bundesländern zu erreichen?

81. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sich die Zahl der Arbeitsplätze von 1973 bis 1976 ständig vermindert hat und daß der zeitweise Rückgang der Zahl der Arbeitslosen ausschließlich auf der Abwanderung von Ausländern und auf dem Ausscheiden sonstiger Personen aus dem Erwerbsleben beruht?
82. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland stärker zurückgegangen ist als die der Arbeitslosen und daß wir 1976 eine halbe Million weniger Arbeitsplätze hatten als 1973?
83. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen, daß in den kommenden Jahren die Zahl der Personen, die das Rentenalter erreichen, Jahr für Jahr um mindestens 100 000 geringer ist als die Zahl der jungen Menschen, die ins Berufsleben eintreten?
84. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angesichts der labilen konjunkturellen Lage und der dadurch verringerten Wachstumserwartung und angesichts großer struktureller Schwierigkeiten weiterhin an ihrer Projektion festhalten, die Arbeitslosigkeit bis 1979 auf 600 000 Arbeitslose abzubauen, und wann wird sie ein Programm vorlegen, um die vom Bundeswirtschaftsminister für Notwendigkeit angesehene jährliche 8 %ige Investitionsrate auch wirklich zu erreichen?
85. Abgeordneter
Schreiber
(SPD)
- Sind der Bundesregierung wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen, z. B. in Schweden und in den USA, über die direkt und indirekt (längerfristig) auftretenden gesundheitlichen Gefährdungen durch PVC-Materiale und Vinylchloridgase am Arbeitsplatz und im Haushalt bekannt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
86. Abgeordneter
Schreiber
(SPD)
- Haben gegebenenfalls die Erkenntnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiet in den angeführten Ländern zu gesetzgeberischen Maßnahmen geführt, und wenn ja, inwieweit wird die Bundesregierung ebenfalls gesetzgeberisch tätig werden?
87. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß viele unersetzliche Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen dadurch verlorengehen, daß in Krisen geratene Unternehmen gezwungen sind, Sanierungsverhandlungen zwecks Erhaltung von Arbeitsplätzen abzubrechen und Konkurs anzumelden, um so die Erlangung des Konkursausfallgelds für die Belegschaft zu gewährleisten, und was denkt die Bundesregierung bejahendenfalls dagegen zu tun?
88. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die ungleiche finanzielle Förderung schulischer und nichtstaatlicher Berufsvorbereitungsmaßnahmen, und ist sie bereit, im Interesse der Gleichbehandlung auch die aus Sonderschulen für Lernbehinderte kommenden Jugendlichen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zu unterstützen, wenn sie an gewerblichen Schulen während eines Berufsfindungsjahrs schulisch und sozial betreut werden?

89. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit und die Möglichkeiten, auch bei Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit ihre Aufgabe überwiegend wirtschaftlichen Zwecken gewidmet ist (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau), die erweiterte Mitbestimmung einzuführen, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

90. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung im Zuge des Austauschprogramms ihre Zustimmung für den Neubau von 69 Wohnungen für Familien von Angehörigen der US-Armee im Truppenübungsplatzgelände in Wildflecken gegeben hat und nicht, wie von zivilen Stellen erbeten, im Gemeindebereich von Wildflecken, und welches waren gegebenenfalls die Gründe dafür?
91. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Gemeinde Wildflecken im Hinblick auf die geplanten Wohnbaumaßnahmen finanziell aufwendige Erschließungen vorgenommen und auch Gelände außerhalb des Truppenübungsplatzes zur Verfügung gestellt hat, um die mit Steuergeldern erbauten Erschließungsanlagen (Kanal, Wasser, Straße usw.) auch sinnvoll auszulasten, und will man diesem Umstand noch Rechnung tragen?
92. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß in der Stadt Würzburg zwischen der Feggrube und Heidingsfeld eine Behelfsüberquerung des Mains von der Bundeswehr geplant ist, und ist der Bundesregierung bekannt, daß durch eine solche Maßnahme eines der wenigen stadtnahen Erholungsgebiete der Stadt Würzburg in erheblichem Umfang betroffen würde?
93. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, zu veranlassen, eine Ortsbesichtigung der Ortschaft Niederbolheim vornehmen zu lassen, um sich so ein genaues Bild über die Beeinträchtigungen durch die Fluglärmbelästigung des NATO-Flugplatzes Nörvenich zu verschaffen, wenn nein, warum nicht?
94. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bzw. das Bundesverteidigungsministerium angesichts der Schwierigkeiten, die sich aus der geplanten Erweiterung des Standortübungsplatzes Lerchenfeld (Alb-Donau-Kreis) ergeben, bereit, Verhandlungen mit der französischen Regierung mit dem Ziel aufzunehmen, den Truppenübungsplatz Münsingen in die deutsche Zuständigkeit zu übernehmen und die Brigade 28 gegebenenfalls von ihrem derzeitigen Standort nach Münsingen zu verlegen?
95. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesverteidigungsministerium bei der Ausarbeitung der Pläne über die Erweiterung des Lerchenfelds umfassend nach Alternativstandorten für die Brigade 28 bzw. Teile davon gesucht und gründlich geprüft, ob die Truppenübungsplätze Grafenwöhr und Münsingen (letzterer insbesondere nach Abzug von französischen Einheiten aus dem Raum Tübingen-Horb) stärker für Ausbildung und Übungen auch von kleineren Einheiten der genannten Brigade benützt werden können?

96. Abgeordneter
Pawelczyk
(SPD)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um den Bestimmungen des Verwaltungsabkommens zwischen dem Bundesverteidigungsminister und der Behörde für Wissenschaft und Kunst der Freien und Hansestadt Hamburg vom 25. Juni 1976 entsprechend die kooperative Gesamthochschule bis spätestens 1979 und die integrierte Gesamthochschule bis spätestens 1984 in Hamburg zu errichten?
97. Abgeordneter
Pawelczyk
(SPD)
- Ist die Bundesregierung weiterhin der Ansicht, daß alle Maßnahmen unterstützt und gefördert werden müssen, die dem Konzept eines Studiums an den Hochschulen der Bundeswehr dienen, wie es in dem Gutachten der Bildungskommission an den Bundesverteidigungsminister 1971 – Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr – niedergelegt worden ist, wo es heißt, daß im Rahmen des Studiums des Offiziers/OA gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen und Erkenntnisse vermittelt werden müssen, und daß dies der Vorbereitung den Beruf des Offiziers ebenso wie dem Verständnis für den Zusammenhang des jeweiligen Studiengangs mit den übergreifenden sozialen Gegebenheiten und Entwicklungen dient?
98. Abgeordneter
Pawelczyk
(SPD)
- Hält die Bundesregierung nach wie vor an der einheitlichen Meinung des Gründungsausschusses der Hochschule der Bundeswehr Hamburg fest, wonach eine denkbare Konfrontation zwischen dem akademischen Prinzip der Selbstverantwortung und dem militärischen Prinzip von Befehl und Gehorsam auf den Ebenen der Hochschulorganisation sowie der Studiengestaltung eindeutig zu Gunsten der akademischen Freiheitsgrenze zu lösen sei?
99. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Ist die Selbstmordrate in der Bundeswehr höher als in der übrigen Bevölkerung, wenn ja, welche vorbeugenden Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen?
100. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß sich Vorfälle, wie am 23. Februar 1977 im Luftraum über Landshut, nicht wiederholen, wo im kontrollierten Luftraum beinahe eine australische Verkehrsmaschine mit drei Militärmaschinen der Deutschen Bundeswehr kollidiert wäre?
101. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP)
- Treffen Meldungen zu – und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls in diesem Bereich unternehmen –, daß bestimmte Flüge der Luftwaffe ohne Abstimmung mit der Flugsicherung auch im kontrollierten Luftraum durchgeführt werden dürfen, also auf den von Verkehrsflugzeugen benutzten Luftstraßen, und stimmt es, daß die Leitstellen der Luftstreitkräfte nicht über die nötigen Geräte verfügen, um die von der zivilen Flugsicherung übermittelten Daten zu verarbeiten und ihre eigenen Flugzeuge entsprechend einzuweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

102. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen die weitere Verwendung von Diäthylstilboestrol (DES) zu unternehmen, nachdem auf Grund einer Mitteilung der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft dieses im Handel unter Verschreibung befindliche Medikament als Krebs- und Mißbildungen auslösend erkannt worden ist?
103. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Beeinträchtigung der Transparenz, die für die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung dadurch eintritt, daß bei Arzneimitteln häufig nicht mehr der Preis, sondern nur noch eine Schlüsselnummer auf der Packung angegeben wird, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
104. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU) Zählen Grippeimpfungen noch zu den gemäß § 51 Abs. 1 Nr. 3 des Bundesseuchengesetzes als von einer zuständigen Behörde öffentlich empfohlenen Impfungen, und werden etwa auftretende Impfschäden entschädigt?
105. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen oder sind beabsichtigt, um der eventuell gesundheitsschädlichen Wirkung von Sprays (Ozonvernichtung), PCB-Stoffen und dem Farbstoff Amarant Rechnung zu tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

106. Abgeordnete
Frau
Will-Feld
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Fahrpreisermäßigungen für Besitzer des Seniorenpasses für Strecken der Deutschen Bundesbahn nicht in Linienbussen der Deutschen Bundespost oder der freien Unternehmer, die im Auftrag der Deutschen Bundesbahn — jedoch nicht im Schienenersatzverkehr — fahren, gewährt werden, und wenn ja, denkt die Bundesregierung daran, auch hier die entsprechende Ermäßigung für diesen Personenkreis einzuführen?
107. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat der Bundesverkehrsminister über die im Bau befindliche Rheinbrücke Flehe-Uedesheim hinaus zur Beendigung der täglichen mehrstündigen Verkehrsstau im Raume Düsseldorf—Neuss—Meerbusch hinsichtlich Planung, Ausführung, Finanzierung und zeitlichem Ablauf?
108. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Zusage von Bundesminister Gscheidle auf dem Jahreskongreß des Bundesverbands des deutschen Güterfernverkehrs zu verwirklichen, „daß man ein Instrumentarium suchen werde, das geeignet sei, die Wettbewerbsposition der deutschen Verkehrsunternehmen zu stärken“?
109. Abgeordneter
Zebisch
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung haben als sie auf dem Ausbildungsstellenmarkt anbieten, und wird sie Maßnahmen ergreifen, die die Ausnutzung aller Ausbildungsmöglichkeiten bei der Bundesbahn und bei der Bundespost ermöglichen?

110. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Neuregelung der Abstände für die Bebauung an Wasserstraßen, die möglicherweise durch neuere Entwicklungen (Schubverkehr, Nutzung als Naherholungsbereich) notwendig werden könnten?
111. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des ADAC, daß die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Würdigung der Gesamtpersönlichkeit des Kraftfahrers bei der Bewertung von Verkehrsverstößen durch den Drang nach Vereinheitlichung (System der Vergabe von Strafpunkten) zu kurz komme, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, auf eine Änderung der entsprechenden Vorschriften hinzuwirken, damit künftig die Tilgung von Strafpunkten in der „Verkehrssünderkartei“ nicht schon unterbleibt, wenn kurz vor Ablauf der Zweijahresfrist nur ein einziger Punkt wegen einer verkehrsrechtlichen Bagatellsache hinzukommt?
112. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Auf welche Höhe werden sich die Kosten belaufen, die durch die Beigabe von Geschiebe in den Rhein an der Staustufe Iffezheim, wodurch eine schädliche Erosion der Rheinsohle verhindert werden soll, entstehen, und mit welchen weiteren Nebenkosten ist im Rahmen des Naturgroßversuchs zu rechnen?
113. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Durch welche Maßnahmen soll sichergestellt werden, daß das Anlegen weiterer Kiesentnahmestellen in Verbindung mit der Geschiebebeigabe die Rheinebene nicht verunstaltet und der Grundwasserhaushalt nicht nachteilig beeinflusst wird?
114. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU)
- Wie wird sich der Bundesminister für Verkehr gegen den vom Duisburger Oberstadtdirektor, Caumanns, öffentlich erhobenen Vorwurf – der Bundesminister für Verkehr trage die Schuld und somit logischerweise auch die Verantwortung für die „Fehlplanung“ des Angerbogen-Projekts – zur Wehr setzen?
115. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU)
- Wie erklärt sich der Bundesminister für Verkehr die Behauptung des Oberstadtdirektors von Duisburg, Caumanns, in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ und in der „Rheinischen Post“, Lokalteil Duisburg, vom 23. November 1976, wonach durch Verkehrsplanänderung des sog. Angerbogen-Projekts dem Bundesminister für Verkehr eine Fehlinvestition von ca. 30 Millionen DM entstanden sei, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
116. Abgeordnete
Frau Karwatzki
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung das sogenannte Angerbogen-Projekt in Duisburg-Süd gefördert, und wenn ja, teilt sie die Auffassung, daß es sich dabei um eine Fehlplanung in der Größenordnung von ca. 30 Millionen DM handelt, und welche Folgerungen wird sie gegebenenfalls daraus ziehen?
117. Abgeordnete
Frau Karwatzki
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bei der Durchführung des genannten Projektes durch nachweisbare Fehlplanungen Bundesmittel zweckentfremdet verwandt worden sind, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, bisher geleistete Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt für das Angerbogen-Projekt zurückzufordern?

118. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß ein öffentliches Interesse daran besteht, daß im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn A 27 Bremen–Cuxhaven im Bereich des Driftsether Dammes alles getan werden muß, um voraussehbare Gefahren von den Verkehrsteilnehmern abzuwenden, nachdem durch den schweren Verkehrsunfall auf der Bundesautobahn-Umgehung Bremerhaven deutlich geworden ist, daß die bisherigen viehkehrenden Maßnahmen nicht ausreichend sind und daß es nicht angehen kann, die jeweiligen Anlieger allein für die Herstellung der notwendigen Zäune verantwortlich zu machen und dieses unkontrolliert zu lassen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung in diesem Sinne treffen?
119. Abgeordneter
Braun
(CDU/
- Wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß bei der weiteren Bedarfsplanung für Bundesfernstraßen die Parallelautobahn A 43 (früher B 51 n / A 160) zur Ruhrtangente A 1 im Abschnitt Leverkusen–Schwelm/Gevelsberg ersatzlos gestrichen wird?
120. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung auf baldige Entscheidung hinwirken, nachdem Ende 1972 das Verfahren nach § 16 des Bundesfernstraßengesetzes auf Landesebene durch den Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen angehalten wurde, damit die betroffenen Gemeinden – wie Burscheid, Wermelskirchen und Radevormwald – realistische Flächennutzungspläne aufstellen können?
121. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Stehen dem Verkehrsflughafen Frankfurt-Main entsprechende „navigatorische“ Anlagen zur Verfügung, um sicherzustellen, daß im Bereich des Flughafens Raffinerien, die im großen Umfang Äthylene gewinnen, nicht überflogen und damit besondere zusätzliche Gefahren vermieden werden?
122. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung im Zusammenwirken mit dem Land Baden-Württemberg und den betroffenen Gemeinden ergreifen, um für die Zeit nach der vorgesehenen Inbetriebnahme des Abschnitts Memmingen-Ferthofen der A 96 etwa 1980 (s. Antwort der Bundesregierung vom 30. Juni 1976 auf meine Anfrage Drucksache 7/5482 Teil B Frage 49) und vor der Fertigstellung des Streckenabschnitts Ferthofen – BAB-Kreuz Esseratsweiler derselben A 96, mit dessen Bau 1979 begonnen werden soll (s. oben genannte Antwort der Bundesregierung), die zu erwartende über das jetzt feststellbare Ausmaß weit hinausgehende Belastung der Ortsdurchfahrten der B 18 in den Gemeinden Aichstetten (einschließlich Altmannshofen), Leutkirch (einschließlich Niederhofen) und Wangen im Allgäu seitens des Durchgangsverkehrs zu vermeiden und die zu erwartenden Gefahren von der betroffenen Bevölkerung abzuwehren?
123. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Bedeutet die Antwort der Bundesregierung vom 1. Februar 1977 auf meine Anfrage, Drucksache 8/66 Teil B Frage 94, daß die Bundesregierung dem Problem der drohenden Verstopfung der Ortsdurchfahrt Isny der B 12 nach einer Fertigstellung der A 98 zwischen Kempten und Weitnau

- kein Gewicht beimißt, oder welche Maßnahmen plant die Bundesregierung verneinendenfalls, um die der Stadt Isny drohenden Verkehrsgefahren abzuwenden?
124. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius
(SPD)** Kann die Bundesregierung die Ergebnisse eines „untersuchungsbegleitenden Arbeitskreises“ von Experten des Bundes, des Landes Baden-Württemberg und der Region über den Aufschub des Baus einer Staustufe Neuburgweier bis 1980 durch Geschiebezugabe veröffentlichen, nachdem die letzte Sitzung dieses Expertengremiums am 17. Januar 1977 stattgefunden hat und bereits Verhandlungen mit dem französischen Vertragspartner über eine Aussetzung des Baubeginns einer Staustufe bis 1980 angekündigt wurden?
125. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius
(SPD)** Welche Garantien kann die Bundesregierung gemeinsam mit der Landesregierung dafür übernehmen, daß die mit der Inbetriebnahme der neuen Staustufe Iffezheim einsetzende Erosion durch Geschiebezugabe risikolos für die betroffenen Gemeinden, wie z.B. Rastatt, aufgehalten werden kann, bis der für 1980 erwartete Abschluß der wissenschaftlichen Untersuchungen eine endgültige Entscheidung über den Bau weiterer Staustufen oder bauliche Alternativen ermöglicht?
126. Abgeordneter
**Lemmrich
(CDU/CSU)** Wann wird die Bundesregierung den Baustab für die Errichtung der Versuchsanlage für Verkehrstechnik im Donauried, der in Augsburg seinen Sitz hat, auflösen?
127. Abgeordneter
**Lemmrich
(CDU/CSU)** Sind damit die Pläne aufgegeben, eine Versuchsanlage für spurgeführte Verkehrstechniken zu bauen und zu betreiben?
128. Abgeordneter
**Walther
(SPD)** Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten besonderer Hilfe für die nahezu in jedem Sommer notleidende, für den Fremdenverkehr wichtige Oberweser-Passagierschiffahrt, z.B. durch wirtschaftliche Hilfen, durch Oberweserkanalisierung oder durch den Einbau von Staustufen, wodurch z.B. auch eine Entlastung des Edersees möglich würde?
129. Abgeordneter
**Seefeld
(SPD)** Wie beurteilt die Bundesregierung die vom ADAC getroffene Feststellung, es würden sich weniger Autofahrer als früher mit Sicherheitsgurten anschnallen und deshalb sei eine Zunahme von Unfällen mit Todesausgang zu befürchten, und beabsichtigt die Bundesregierung, ihre Kampagnen für das Anlegen der Sicherheitsgurte zu verstärken, und plant sie Maßnahmen im Zusammenhang mit einer Anschnallpflicht?
130. Abgeordneter
**Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)** Um welche konkreten Maßnahmen handelt es sich, die nach einer Pressemeldung in der Zeitung „Der neue Tag“, Weiden, vom 22. Februar 1977 von der Deutschen Bundesbahn im Bereich Weiden „sofort abgestoppt“ werden, und welche neue Überlegungen hat die Bundesbahndirektion Frankfurt für diesen Bereich, um die dort gefährdeten 500 Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern?

131. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Welches Ergebnis hatte die Überprüfung der Streckenstilllegungsabsichten der Deutschen Bundesbahn im ländlichen Raum des hessischen Regierungsbezirks Kassel, und welche Strecken sollen zu welchem Zeitpunkt nunmehr stillgelegt werden?
132. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Wann wird mit dem schon vor mehr als zehn Jahren geplanten hochwasserfreien Ausbau der B 42 im Raum Neuwed begonnen, die bei der derzeitigen Trassenführung immer wieder durch Hochwasser des Rheins überflutet wird mit der Folge, daß der Verkehr nur unter sehr schwierigen Bedingungen umgeleitet werden kann?
133. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Welchen Zweck hat der Stempelaufdruck „Kein Zollgut nach § 14 Abs. 1 Postzollbuch – Frei zur Zustellung“ auf einem Brief, der vom Europäischen Parlament in Luxemburg am 3. Februar 1977 an einen deutschen Journalisten in Frankfurt gesendet wurde, und auf welche Bestimmung begründet sich diese Maßnahme?
134. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das Schreiben des Magistrats der Stadt Haiger vom 14. Februar 1977 an den Bundespostminister bezüglich der Herausgabe einer Sonderbriefmarke zur 1200 – Jahrfeier der Stadt?
135. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Wird die Sonderpostwertzeichenplanung der Deutschen Bundespost für das Jahr 1977 wie vorgesehen ausgeführt?
136. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Ab wann kann mit der Ausgabe der Sonderbriefmarke „50 Jahre Nürburgring“ gerechnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

137. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung inzwischen im Zusammenwirken mit den zuständigen Fachressorts der Länder die Frage der steuerlichen Behandlung der Wohnbesitzwohnungen überprüft, in welcher Weise hat sich bisher die Tatsache auf die Errichtung von Wohnbesitzwohnungen ausgewirkt, daß ihre steuerliche Behandlung immer noch ungeklärt ist, obwohl das am 1. April 1976 in Kraft getretenen Gesetz gerade darauf abzielte, den Wohnsitzberechtigten die bisher nur den Eigentümern zugutekommenden steuerlichen Vergünstigungen zukommen zu lassen?
138. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, sogenannte Mobilheime den Wohnwagen gleichzustellen und darauf hinzuwirken, daß Mobilheime zum Zwecke der Naherholung auf Campingplätzen bzw. Naherholungsplätzen ohne Baugenehmigung aufgestellt werden dürfen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

139. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die SED-Machthaber die Zusammenführung der Familie eines Schriftstellers verweigern, dem für den Fall der Rückkehr in die „DDR“ eine Gefängnisstrafe von „nur“ zwei Jahren angedroht wurde, und teilt – bejahendenfalls – die Bundesregierung die Auffassung, daß Ost-Berlin damit erneut gegen die Vereinbarungen von Helsinki verstößt?
140. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß ein Ostberliner, der dort für Freiheit und Menschenrechte sowie seine Ausreise demonstriert hatte, von der Polizei festgenommen worden ist, und was hat – bejahendenfalls – die Bundesregierung unter Hinweis auf die Vereinbarungen von Helsinki und die Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen unternommen, damit der Betreffende freigelassen wird und den Herrschaftsbereich der SED-Machthaber verlassen darf?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

141. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß im ESA-Dokument IPC (76) 80 vom 15. Oktober 1976 kein deutscher Hersteller von elektronischen Bauelementen die entsprechende Qualifikation erreicht, und welche Maßnahmen hat sie dazu ergriffen?
142. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Pläne hat die Bundesregierung hinsichtlich der zukünftigen Nutzung der Forschungsplattform Nordsee, die einmal als zentrale Station eines Umweltmeßnetzes geplant war?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

143. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung (s. Veröffentlichung im Handelsblatt Nr. 17 vom 25. Januar 1977 „Höhere Ausbildungsabgabe ist programmiert – kontinuierlich ausbildende Betriebe werden durch niedrigere Zuschüsse bestraft“), daß die Erhebung der Berufsausbildungsabgabe und die unterschiedlichen Relationen für die Staffelung der Zuschüsse für zusätzliche und wieder besetzte Ausbildungsplätze nach Maßgabe des Berufsbildungsberichts im Hinblick auf die zu erwartende Benachteiligung der Ausbildungsbetriebe, die schon bisher kontinuierlich und in starkem Umfang ausgebildet haben, mit der Zielsetzung des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes nicht vereinbar ist, und – wenn ja – was gedenkt sie dagegen zu tun?

144. Abgeordneter
Dr. George
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die im Haushaltsstrukturgesetz getroffene Regelung für Fachwechsler im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes noch für sinnvoll?
145. Abgeordneter
Dr. George
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die ursprüngliche Gesetzesform wieder herzustellen, insbesondere vor dem Hintergrund, daß es sinnvoll ist, daß Studenten in Fächern mit schlechten Berufsaussichten in Fächer mit besseren Berufschancen wechseln?
146. Abgeordneter
Zebisch
(SPD) Ist die Bundesregierung, gegebenenfalls im Rahmen eines weiteren Sonderprogramms, grundsätzlich bereit, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost gezielte Zuwendungen dafür zu geben, daß sie über ihren eigenen Personalbedarf hinaus unter Ausnutzung aller Ausbildungskapazitäten zusätzliche Berufsausbildungsverhältnisse eingehen können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

147. Abgeordneter
Höffkes
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß in der Arabischen Republik Jemen eine von der Bundesregierung geförderte ca. 250 km lange Straße von Taiz nach Sanaa bereits bei der Einweihung 1975 so erhebliche Mängel aufwies, daß zu Reparaturzwecken weitere Millionenbeträge nachbewilligt werden mußten und auch die Nacharbeiten zu keinem zufriedenstellenden Erfolg geführt haben sollen?
148. Abgeordneter
Höffkes
(CDU/CSU) Ist der Bundesrepublik bejahendenfalls ein finanzieller Schaden entstanden, gegebenenfalls in welcher Höhe, und sind Regreßansprüche mit Erfolg geltend gemacht worden?
149. Abgeordneter
Höffkes
(CDU/CSU) Was hat bzw. gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um gleichartige Vorfälle zukünftig auszuschließen?
150. Abgeordneter
Höffkes
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei einer ca. 50 Millionen umfassenden Ausschreibung der Arabischen Republik Jemen Anbieter aus der Bundesrepublik nicht zum Zuge kamen, obwohl Preise anderer europäischer und nahöstlicher Konkurrenten unterboten worden sein sollen, weil die Republik Jemen das Vertrauen in Leistungen aus der Bundesrepublik durch die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Straßenbau Taiz — Sanaa verloren haben soll, bejahendenfalls was hat oder gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das Vertrauen der Republik Jemen in das Leistungsvermögen deutscher Firmen wiederherzustellen oder zu stärken?

Bonn, den 25. Februar 1977

